

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Leibknecht“, „Die Kommunistin“, „Der Gangprolet“, „Die rote Sichel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Permsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrunn, Nieder-Salzbrunn, Weikstein, Wasteglersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10spaltige Mittelzeile ab. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familienangelegenheiten, Wirt- und Verkaufsanzeigen 5 Goldpfennig. — Restliche Spalten: Die 10spaltige Zeile ab. deren Raum im Text 50 Goldpfennig.

Mittwoch, 12. November 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2,50 RM wöchentlich 50 Pf. Einzeln. Durch Straenb. u. Markt 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Zwoniger Strae 40. — Postkontokonto Breslau Nr. 210.50 — Fernsprecher: Breslau, Ring 2837.

Der schlesische Weberaufstand 1844 Das erste Signal der deutschen proletarischen Revolution!

4. Juni — 7. Oktober.

Am 7. Oktober, dem Jahrestage der russischen, sozialistischen Revolution, beginnt das schlesische Weberproletariat feierlich die achtzigjährige Wiederkehr des schlesischen Weberaufstandes vom 4. Juni 1844. Nicht am 4. Juni, sondern am 7. November fand die gewaltige, revolutionäre Kundgebung in Langenbielau, dem Herzen der schlesischen Textilindustrie, statt. Die Wahl des Tages soll bezeugen, da vom schlesischen Weberaufstand bis zur russischen Revolution eine Linie führt:

Der Weg der Befreiung des Proletariats aus seinen Ketten.

Von den ersten kastenden, instinktiven Befreiungsversuchen, den revolutionären Bewegungen in Langenbielau und Peterswaldau, geht der Weg über tausende blutige Niederlagen hinweg bis zum Siege der deutschen, zum Siege der Weltrevolution.

Der Weberaufstand von 1844.

Der Anfang der schlesischen Textilindustrie.

Schlesien und Sachsen sind die Geburtsstatzen der kapitalistischen Produktionsweise im östlichen Deutschland. 287 schlesische Ortschaften produzierten bereits im Anfang des 18. Jahrhunderts Weinwand für den Verkauf. Es war eine ländliche Hausindustrie auf feudaler Grundlage. Die Weber waren horig, leibeigen und erbuntertanig, bekamen einen Straf vom Gutsherrn, schlimmer als das Vieh, dazu reichlich Prügel und muten, ob frei oder unfrei, den Weberzins an die Gutsherren entrichten.

Doch trotz des Elends der Weber unterlag die Textilindustrie um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts der aufkommenden englischen Konkurrenz, die sich von den gutsherrlichen, feudalen Fesseln befreit hatte. Der deutsche Weber, der nur 2—3 Pence den Tag verdiente, wo sein schottischer Kollege 10 Pence erhielt, wurde durch Karren, Stock, Halsseilen und Zuchthaus in seiner Not festgehalten und blieb jeder Freizugigkeit beraubt.

Die französische Revolution 1792 erweckte den lange zurückgehaltenen Groll der schlesischen Hungerleider. Unterstützt durch haerliche Unruhen und durch Tumulte der Breslauer Handwerkszunft, erhoben sich die Weber, mihandelten einige Garnhandler und zwangen sie, billig zu verkaufen, und die Weinenhandler, teuer zu kaufen. 1810 bescherte der preussische König, um die Unruhen abzumammen, seinem geliebten Volk die „Freiheit“. Aber Fronden- und Hofdiener, Geld- und Naturalleistungen, Grundgeld und Hundehafner, Hühner-, Gänse-, Eier-, Besen-, Wächter-, Silber- und sonstige Zinse und — der Weberzins blieben bestehen.

Zu allem Elend und aller Rechtslosigkeit erweckte dem schlesischen Weber ein neuer Feind, der ihn vollends erschlug:

Die englische Maschine.

Die Maschine, der mechanische Webstuhl, drang auch in Schlesien ein. Aber wie alles im Kapitalismus, mandelte sich der technische Fortschritt, berufen, die Menschen auf eine höheren Kulturstufe zu heben, zu einer furchtbaren Gefahr für das arbeitende Volk. Das Volk erkannte daher im Anfang nicht den wahren Feind, den Kapitalismus, sondern sah in den Maschinen seine Verderber. Es kam zu wustigen Tumulten, besonders in den vierziger Jahren, ähnlich den Ludditenaufstanden in England, zu planlosen Hungeraufstanden. Aber der preussische Staat hatte damals wie heute, durchschlagende Argumente gegen das Elend:

Zuchthaus, Schwarzarbeit, Weilschensiebe und das preussische Heer.

Die Ursachen des Aufstandes.

Die grote Erhebung war der schlesische Hungeraufstand im Juni 1844 in den Weberdorfern Langenbielau und Peterswaldau.

Die Textilarbeiter sind die friedfertigste und bescheidenste Bevölkerung. Welches Elend, welche Ungerechtigkeit mute herrschen, um diese armen Seufzer in den Aufstand zu treiben. Hören wir die Zahlen:

In der „Breslauer Zeitung“, dem damaligen Organ der schlesischen Reaktion lesen wir in Nr. 30 vom Jahre 1844, da für folgende Arbeiten, die notwendig waren, 60 Ellen Weinwand von 1 1/2 Ellen Breite herzustellen, nämlich: Garn sortieren, waschen, trocknen, köpfen, spulen, scheren, hüllen, auf den Webstuhl ziehen androcken, schlucken, weben, kammern, herabnehmen, köpfen, stampeln, legen, pressen und dann es von einem Kaufmann zum andern zum Kauf tragen, eine Arbeit, für deren Fertigmachung

Mann, Weib und Kind mindestens zwei Wochen Tag und Nacht schaffen muten, es 1 Zaler 13 Silbergrochen gab.

Das heit, einen Tagesverdienst von 3 1/2 Silbergrochen für die ganze Familie. Dazu kam das Erudsthem, das heit, die Arbeiter erhielten einen Teil des Lohnes in Waren, in teuren und schlechten, sie bekamen Dukaten als Lohn, die ihnen mit 3 Zaler Silbergrochen angerechnet wurden, für die sie aber nur 2 Zaler 28 Silbergrochen bekamen. Dazu kamen Steuern, die für den Weber zehnmal so hoch waren als für den reichen Fabrikanten.

Am schlimmsten waren die Verhältnisse in Peterswaldau und Langenbielau. Die Gebrüder Zwanziger in Peterswaldau zahlten

für 160 Ellen Marchent, das 8 volle Tage angestrengter Arbeit erforderte, 12 bis 12 1/2 Silbergrochen Lohn.

Ja, sie versuchten sogar als Lohndrücker 300 weitere Weber für je 10 Silbergrochen einzustellen. Als diese Hungerseelen ihnen erklärten, da sie sich nicht einmal mehr Kartoffeln kaufen, erwiderten sie schroff, dann sollten sie Gras fressen!

Dabei trugen diese Volksausgauer ihren erwucherten Reichtum stolz zur Schau, hatten sich sechs herrliche Häuser erbauen lassen, voller Luxus und Schmuck, aber für ihre Lohnsklaven hatten sie nur Spott und Hohn.

Not und Empörung schufen ein Volkslied von mehr als zwanzig Strophen gegen die Blutsauger, das allorts gesungen wurde:

Hier im Ort ist das Gericht,
Viel schlimmer als die Wehnen,
Wo man nicht mehr ein Urteil spricht,
Das Leben schnell zu nehmen.

Hier wird der Mensch langsam gequält,
Hier ist die Folterkammer,
Hier werden Seufzer viel gezählt,
Als Zeugen von dem Jammer.

Die Herren Zwanziger die Henker sind,
Die Diener, ihre Schergen,
Davon ein jeder tapfer schindet,
Anstatt was zu verbergen.

Ihr Schurken all, ihr Satansbrut!
Ihr höllischen Kujone!
Ihr fret der Armen Hab und Gut,
Und Fluch wird euch zum Lohn!

Ihr seid die Quelle aller Not,
Die hier dem Armen drückt,
Ihr seid's, die ihr das trockne Brot
Noch vom dem Munde rückt.

Was kümmert's euch, ob arme Leute
Kartoffeln lauen müssen,
Wenn ihr nur könnt zu jeder Zeit
Den besten Braten essen? ...

Der Aufstand.

Am 4. Juni wurde ein Weber aufgegriffen, ins Haus genommen und durchgeprügelt und der Ortspolizei übergeben, der dieses Vieh vor Zwanzigers Haus gefangen hatte. Das war der Funke, der ins Pulverfa fiel. Eine Schar Weber zog nach dem Kapellenberg bei Peterswaldau und von dort, teilweise geordnet, nach dem Wohnhaus Zwanzigers. Sie verlangten Lohn und ein Geschenk. Antwort: Spott und Hohn. Da brach der Sturm los. Alles wurde zertrümmert, erbrochen, zerrissen was sich an Wert- und Luxusgegenstanden in der Wohnung Zwanzigers befand. Die Warenvorräte, die man vorfand, wurden zum Fenster herausgeworfen und vernichtet oder verteilt. Zwanziger flüchtet von Stadt zu Stadt. Doch niemand wollte den Mann bei sich aufnehmen, gegen den sich der ganze Ha des Volkes richtete. Im reaktionären Breslau fand er schlielich Unterschlupf.

Der alte Fehler der Gutmütigkeit der Weber zeigte sich gegenüber den Fabrikanten Wagenknecht und Fellmann. Auf Wagenknecht brachten sie ein Hoch aus, weil er sie ein wenig erträglicher geschunden hatte. Fellmann lieen sie in Frieden, als er ihnen fünf Silbergrochen zahlte und etwas Brot, Butter und Speck an sie verteilen lie.

Bei Zwanzigers wurde am 5. und 6. noch der Rest dessen vernichtet, was am 4. übriggeblieben war. Sie wollten ihn arm machen, damit er auch einmal „den Hunger spüre“.

Am 5. Juni zogen die Weber, inzwischen auf 3000 Köpfe angeschwollen, nach Langenbielau. Dort hatten sie

die Gebrüder Dierig am dem Elend der Weber die und feld gemästet. Der Sturm der Weber auf ihre Niederlassungen im oberen Dorfe wurde von den mit Knüppeln bewaffneten Kommiss und Fabriknechten Dierigs zurückgeschlagen. Jetzt wäre es zum Sturm auf das andere Haus der Gebrüder Dierig gekommen. Da versprach Dierig jedem Weber, der sein Raubeigentum beschützen würde, 5 Groschen und sofort spalteten sich Judashe von der Masse ab.

Inzwischen war Militär von Schweidnitz herbeigerufen worden und eingerickt. Die Weber sprachen auf die Soldaten gütlich ein und die Soldaten begannen tatsächlich zu schwanken. Da lie der kommandierende General von Rosenberg, der die Gefahr einer Verbruberung von Militär und Volk klar erkannte, die Truppen eine Ruckwartbewegung machen. Die Weber, die das versprochene Judasgeld nicht erhielten, als durch die Ankunft des Militärs, Dierig sich stark genug fühlte, wurden unruhig. Da lie der General ohne jede vorherige Warnung eine dreimalige Salve mitten in die wehrlose Menge geben. 11 Tote und 24 schwer Verwundete bedeckten sofort das Pflaster, Kinder, Mütter, alte Familienväter. Aber, zu umso wilderer mit angestachelt, gingen die Weber vor und vertrieben mit ertzen Knutteln und Steinen das Militär.

Ein kurzer Triumph. Am 6. Juni morgens rückten drei Kompagnien Infanterie, eine Batterie von vier Geschützen und Kavallerie unter Major Schlichting in Langenbielau ein. Die Aufständischen zogen zum Teil nach Friedrichsgrund bei Leutmannsdorf und vernichteten bei dem dortigen Ausgauer Zwanzigers die vorrätigen Waren. Sonst aber enthielten sich die Weber jedes Angriffs auf die Personen der Fabrikanten und ihrer Erbsknechte. Kein Gebäude wurde angezündet, kein Backerladen gestürmt.

Die Niederwerfung.

Am so barbarischer waren die Verfolgungen der Aufständischen. Wer nicht rechtzeitig in die Berge und Wälder hatte flichten können, wurde gefat, vor Gericht gestellt insgesamt 83, und zu zehnjähriger Schanzarbeit und Zuchthaus von Peitschenhieben verurteilt. Den Blättern wurde bei hohen Strafen verboten, auch nur das geringste über das Weberelend und den Zustand der Hungerleider zu berichten. Damals wie heute.

Am die Parallele mit unserer heutigen schönen Republik vollständig zu machen, wurde ein Epizykelprozess in Szene gesetzt, durch den berichtigten Epizykel Stieber, der durch Marx Schrift über den Kölner Kommunistenprozess eine merkwurde Berühmtheit erlangt hat. Eine „Perschworung“ wurde fabriziert, die Methoden haben sich bis zum heutigen Tag nicht verändert, und der Fabrikbesitzer Schloffel, dessen einziges Verbrechen darin bestand, da er die Arbeiter anständiger behandelte als seine Kollegen und für die politische Aufklärung des Volkes sorgte, nest mehreren Arbeitern zu schweren Freiheitsstrafen, der Zuchthausmeister Wurm dagegen zum Tode verurteilt. Wurm wurde schlielich zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe „begrabigt“.

So endete in Blut und Schmutz der heldenhafteste Aufstand der schlesischen Weber, der ganz Deutschland in Angst und Schrecken versetzte und die feigen Spieer und Ausbeuter das Gespenst der proletarischen Revolution erbilden lie. Der Aufstand war niedergeschlagen, der Hunger, die Unterdrückung, die Dierigs und ihre Profiteure waren geblieben. Der Kampfesmut war für eine lange Periode gelähmt. Jahrzehnte gingen über das schlesische Land. Es kam der Krieg, der die Leiden der schlesischen Weber und die Profiteure der Fabrikanten und Händler mehrte. Es folgte die Republik, eine veränderte Fassade. Die Revolutionsgewinnler lieten die Kriegsgewinnler ab, republikanisches Elend trat an Stelle der Hungerlöhne der Monarchie, republikanische Klassenjustiz betrat die Klassenjustiz der Monarchie. Alles blieb beim alten, nein, alles wurde schlimmer für die Proletarier, besser für die Reichen.

Oktober 1923.

Der Oktober vorigen Jahres, der die deutsche proletarische Revolution an die Tore des Kapitalismus poen lie, weckte auch im Weberproletariat Schlesiens die alten revolutionären Erinnerungen. Es kam zu Hungerdemonstrationen in Langenbielau, in Bollenhain und anderen Orten. Ueberall hatte die deutsche Republik das alle probate Mittel zur Hand, das schon Wilhelm von Hohenzollern in allen gefährlichen Lagen anwandte: Militär und Polizei, Zuchthaus und Gefängnis. Hunderte von Jahren Gefängnis wurden allein im schlesischen Webergebiet über die Menschen verhängt, die so fündig und verbrechertisch waren, Hunger zu leiden, keine Arbeit zu haben, nur wertlose Papierfetzen Lohn zu erhalten und kein Stück Brot im Haus zu haben.

Das Deutsche Proletariat hat im Oktober 1923 eine schwere Niederlage erlitten. Doch wieder erhebt es sich, wenn auch nur langsam, noch aus seinen Wunden blutend, zu neuen Kämpfen. Denn das Elend ist daselbe geblieben. Als wären 80 Jahre spurlos an den schlesischen Webern vorbeigegangen, so leiden noch heute die Weber dieselbe Not.

Das heutige Weberelend.

Wie wohnen die Weber?

Bis zu acht Menschen in einer Stube und Kammer. Die Kammer ist nicht heizbar und daher im Winter nicht bewohnbar. Die „Wohnungen“, wenn man diese Löhner als Wohnungen bezeichnen will, sind 3,40 Meter lang, 2,75 Meter breit und 2,60 Meter hoch, im Durchschnitt. Das sind 24 Kubikmeter (Ein Kubikmeter ist ein Raum von je ein Meter Länge, Breite und Höhe). Eine Gefängniszelle für eine Person hat durchschnittlich einen Rauminhalt von 12-13 Kubikmetern. Das heißt:

Ein Gefangener in feiner engen Zelle hat viermal mehr Raum zur Verfügung als ein „freie“ Arbeiter unserer „freien“ Republik.

Drei bis vier Kinder müssen in einem Bett schlafen, unbekümmert um das Geschlecht. Die Häuser sind baufällig. Keine Wohnungspolitik kümmert sich darum. In Oberlangenscheid hat man vor Jahren eine baufällige, alte Fabrik zu „Wohnungen“ umbauen lassen. Wenn die Maschinen hätten Schaden leiden können, und Maschinen sind teuer, aber den Menschen kann das Gemäuer über dem Kopf zusammenstürzen, denn Proletarierleben sind billig in der deutschen Republik.

Für neue Wohnungen ist kein Geld da. Aber für ein Kriegerdenkmal zuerst veranschlagt mit 3000 Mk., bereits jetzt hat es schon 80000 Mk. (achtzigtausend Mark!) verschlungen, bewilligten alle bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten die Kosten. Der Fabrikant Friedrich, in dessen Betrieb 150 Arbeiter arbeiten, hat 30000 Mk. beigetragen.

Was verdient der Weber?

Was auch der Kerl verdient haben, wenn er hier so spendabel auftritt! Und das ist kein Wunder. In seinem Betrieb herrscht das gemeinste der gemeinen Affordsystems der Textilindustrie. Die schlechtesten Arbeitsverhältnisse bestehen bei ihm.

Ein Mann verdient bei ihm in 51 Stunden 14 Mk., eine Frau verdient bei ihm in 51 Stunden 10 bis 11 Mark. Der Lohn in der schlesischen Textilindustrie beträgt bei voller Arbeit, die nur selten vorhanden ist, im Affordsystem bei der 51 Stundenwoche:

für den Mann 15-17 Mark

für die Frau 12-13 Mark.

Der größte Teil der schlesischen Textilarbeiter jedoch ist Kurzarbeiter und geht deshalb mit einem Heim.

Wie arbeitet der schlesische Weber?

Wie damals, als die schlesische Hausindustrie durch das englische Fabrikwesen, als die primitiven schlesischen Webgeräte von der englischen Maschine erschlagen wurden und die schlesischen Weber, nicht die schlesischen Fabrikanten die Leidtragenden im Kampfe waren, so wird heute die rückständigste Textilmaschine Schiefens von England und Amerika erschlagen und wieder bezahlet es die schlesischen Weber mit einem Leben, das um Jahrzehnte länger ist als das ihrer Herren, das voll ist von Krankheit und Elend, von Not und Verzweiflung, von Unterdrückung und Rechtslosigkeit. Während in England das Ein- und Zweistufigsystem herrscht, wird in Schlofen das Achsstufigsystem eingeführt. Kein Lärm kann sich vorstellen, was das für eine Menschenscheißerei ist. Aber Proleten sind ja billig wie die Brombeeren.

Nur einem Trost haben sie, die armen Teufel: den Brandwein. Und den liefern ihnen die Junker gern und viel, für gutes Geld, heute in der Republik wie damals in der alten Monarchie schon vor hundert Jahren.

Prostitution die Folge des Elends.

Wie sollen die Frauen, es arbeiten hauptsächlich Frauen in der Textilindustrie, bei diesen Löhnen existieren? Sie müssen sich für ein Butterbrot verkaufen, jedem, der sie will. Das heuchlerische Pfaffenpaar, antwortet Moral zu predigen, wagt hier einmal keine kritische Nachforschungen bezugnehmend. Aber sie domozern lieber gegen die „gottlosen Kommunisten“.

Was essen die Textilarbeiter in Schlofen?

Aus einer Nachfrage, die wir anstellten, ergab sich: Es essen Margarine (Butter ist völlig unbekannt) die Woche:

5 Pfund	8 Personen
2 Pfund	5 Personen
1 Pfund	3 Personen
3 Pfund	4 Personen
2 Pfund	6 Personen

Das sind durchschnittlich 250 Gramm Margarine wöchentlich pro Kopf der Familie. Dabei bedauere man, daß Butter überhaupt nicht auf den Tisch eines Webers kommt. Fleisch kommt der Arbeiter nicht, nur Pferde-, Hunde- und Katzenfleisch. Eine Familie bis zu 5 Köpfen bekommt durchschnittlich 1 Pfund Pferdefleisch pro Woche. Wie von 80 Jahren besteht bei den meisten Familien das ganze Mittagbrot aus Kartoffeln und Salz. Das ärmste Kind hoch die Kartoffeln, kommen die Eltern beim, so schüttet das Kind die Kartoffeln aus dem Tisch. Zeller gibt es nicht und das „Mittagsmahl“ beginnt. Die Nachfrage nach Rohfleisch ist so groß, daß die Rostschlächter das Fleisch rationieren müssen und deshalb nur einen Tag das Geschäft offen halten. Das Essen von Hunde- und Katzenfleisch zählt man 50 Pfg. für Pferdefleisch 70 Pfg. und für die Lage 180 Mark.

Es ist schon unwahrscheinlich geworden, daß man in den Wochen vor den Feiertagen die Kuh und den Hund an die Kette legen muß.

Aber nicht allen Menschen geht es so schlecht. Der Ritterhof Graf von Wedel, betreibt in Langenscheid eine Kennzucht. Er hat

vier kleine Scherenspäher.

Diese erhalten

täglich 1 Pfund Butter in Reich gelobt.

In dieser Republik erhalten die Woche

vier Seldensinscher des Grafen | eine künstliche Weberfamilie
von Wedel 7 Pfd. Rindfleisch | 1 Pfund Pferdefleisch
in Reich

Milch für Säuglinge und Kinder ist ein Luxus. Es gibt Familien, die ihren Säuglingen pro Woche nur bis zu 1 Liter Milch geben können. Warum? Die Milch ist zu teuer. Die Firma Dierke, die eine große Zahl schöner Güter besitzt, muß doch das nötige Meingeld verdienen, mögen auch einige Proletarierkinder draufgehen.

Kinderarbeit.

Unter solchen Umständen müssen natürlich die Kinder auf die Güter arbeiten gehen. Sie erhalten dort einen Stundenlohn von 5 Pfennig ohne Essen. Der größte Teil der Kinder, wahrscheinlich alle, sind tuberkulös. Die Quakerprüfung in den Schulen ist eingestellt.

Typhus, Grippe, Abzehrung.

Natürlich greift unter solchen mittelalterlichen Zuständen der Hungertyphus um sich. Die Unterleibskrankheiten der Frauen nehmen zu. Die Zahl der Fehlgeburten wächst. Die Grippe wütet. Aber die Regierung hütet sich wohlweislich, eine Statistik aufzunehmen und dieses Kapitel deutscher Schmach der Deffiantheit zu übergeben.

Die Menschen im Webergebiet sind wandelnde Leichen. Schon durch die Körperfülle sind die beiden Klassen, die Arbeiter und die Kapitalisten und deren Goldgänger voneinander geschieden. So wiegen die männlichen Weber 80 bis 110 Pfund, die weiblichen durchschnittlich 85-96 Pfund.

Signale!

„Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“ Das alte Wort von Karl Marx hat nirgends so tief seine Wahrheit bewiesen als bei den schlesischen Webern. Sie haben nichts zu verlieren. Noch brennen sie die alten Wunden, die ihnen die Peiniger vor 80 Jahren geschlagen haben. Sie haben ihnen nichts vergessen. Sie werden es ihnen heimzahlen. Aug um Auge Zahn um Zahn wie es in der Bibel steht. Die proletarische Revolution, wenn sie in den schlesischen Weberdörfern ausbricht, wird eine Welt von Grausen und Schrecken erstehen lassen. Zu tief ist der Groll eingetroffen. Zu unmenslich ist das Elend. Zu probozierend, zu prophig ist der Reichtum und Luxus der Blutsauger des Volkes. In allen Herzen lebt die revolutionäre Tradition, in allen Herzen lebt der Glaube:

Es kommt der Tag, wo wir uns rächen,
Dann werden wir die Richter sein!

Polizeischlösser im Wahlkampf.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. November.

Im Büro „Rote Hilfe“ und im „Ruh-Loh“ nahmen am Dienstag vormittag Kriminalbeamte Scharaufungen nach einer gar nicht vorhandenen Mann vor. Dabei wurden alle Schübe, alle Papiere durchsucht. Während dieser Aktion war die ganze Straße mit Kriminalbeamten besetzt.

Die Mörder Liebknechts und Luxemburgs in der sozialdemokratischen Polizei.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. November.

Die genosse „Rote Fahne“ bringt eine Zusammenfassung, nach der der Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bei der Kriminalpolizei tätig ist. Daraus aufzufand fragt die „Rote Fahne“ den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter an, was er zu tun gedenkt.

So ungeheuerlich diese Meldung ist, sie bewirkt nur erneut die Schult der den Sozialdemokraten an der vielden Gröndung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, gegen die sie während eines infamen Machtschusses getrieben haben. Die treue Bundesüberfahrt des SPD-Polizeipräsidenten Richter mit den Sozialdemokraten-Luxemburgs- und Liebknechts-Berichtungen der ganzen Partei.

Sozialdemokratischer Wahlstreifen.

Die „Schlesische Bergwacht“ widmet die Hälfte ihres Plattes dem Wahlkampf gegen die SPD. Unser Sozialisierungsantrag im Reichstag sei „Vollbesetzung“, denn im Parlament werde niemals die Sozialisierung beschließen. Deshalb hätte die SPD, dagegen gestimmt. Uns scheint hier ein Wahlstreifen der SPD, nicht der SPD vorzuliegen. Entweder kann und wird das bürgerliche Parlament keine Sozialisierung beschließen, dann muß man sich entweder auf den Boden des Parlaments stellen und damit die Sozialisierung und den Sozialismus endgültig aufgeben, wie es die SPD tut, oder man muß über den rein parlamentarischen Kampf hinausgehen zum außerparlamentarischen revolutionären Massenkampf, der vor Gewaltanwendungen nicht Halt macht, um die Sozialisierung tatsächlich durchzuführen, was zu tun die SPD sich weigert. Ein drittes gibt es nicht.

Unser Genosse haben lediglich abgelehnt, die Führer der Kuppel und die Hitler-Pente zu begnadigen, solange die sozialdemokratischen und kommunistischen Anhänger der bürgerlichen Kaiserrepublik im Gefängnis blieben.“

So schreibt die „Bergwacht“. Welche Demagogie! Noch keine zehn Kuppel und Hitler-Pente sitzen in gefängnis Deutschen Kette im Gefängnis. Aus Furcht, einer von ihnen könnte die Freiheit erlangen, behält man 7000 Kommunisten in Kette...

7000 unserer Brüder im Kerker! Viel zu wenig! Hier der Demokrat Brodus angreift dieser Zahl. Er erhielt darauf die häufige Abweisung nicht nur von Kommunisten, sondern sogar von sozialdemokratischen Abgeordneten. „Rohschamlosigkeit“ nennt das die SPD. Aber jeder Arbeiter muß verstehen, daß auf eine beratige Revolution eine zwar nicht parlamentarische, aber häufige Antwort gehört.

Der Buchdruckerstreik beendet.

Die Vereinbarung mit 696 gegen 167 abgelehnt.

Am 1. November traten die Breslauer Buchdrucker in den Streik, um, unbekümmert um die Lage im Reich, einen Spitzenlohn von Mk. 44.— zu erkämpfen. In muster-gültiger Geschlossenheit und Kampfbildung wurde der Streik geführt. Nur sahen die Buchdrucker in ihrem Zukunftssinn nicht, daß ein Unterschied zwischen Arbeiter- und Unternehmerpresse besteht und daß sie freiwillig ihrer besten Waffe berauben, wenn sie die Arbeiterpresse mitbestrafen. Die Unerbittlichkeit des Kampfes gegen die Arbeiterpresse stand in merkwürdigem Widerspruch zu dem loyalen Verhalten gegenüber den Unternehmern, denen man ihr gesamtes Personal, außer den Buchdruckern, nämlich Lehrlinge, Hilfsarbeiter und Angestellte stellte.

Das Reichsarbeitsministerium bewilligte anfangs eine zehn, später eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung. Die Buchdrucker hatten 33 1/3 Prozent gefordert. Als der Schieds-spruch von den Arbeitern verworfen wurde, erklärte ihn die Regierung für verbindlich. Die Breslauer Gewerkschaftsbürokratie, die noch tags zuvor das Maul nicht weit genug aufreißen konnte, klappete plötzlich um. Die Arbeiterpresse sollte, auf einmal, freigegeben werden, aber nicht, wie wir Kommunisten es gefordert hatten, zur Unterfütterung des Kampfes, sondern um die erste Bresche in die Streikmauer zu legen und so den Kampf abzuwürgen. Genosse Frauenreich enthielt in der gestrigen Streikversammlung dieses schändliche Spiel der Gewerkschaftsbürokratie und der Streikleitung. Er erntete einen ungeheuren Beifall bei den gewiß nicht „kommunistisch versuchten“ Buchdruckern.

Natürlich läßt es sich mit Deserteuren an der Spitze der Gruppe schlecht kämpfen. Im Gefühl, von der Bürokratie verraten zu sein, stimmten nur 167 Buchdrucker für Fortführung, 696 für Beendigung des Streiks. Damit hat der Kampf der Buchdrucker ein klägliches Ende erreicht. Die gesamten „positiven“ Errungenschaften des Streiks bestehen darin, daß etwas über die Hälfte der Lohnforderungen bewilligt ist und daß der Verband der Unternehmer als Körperschaft keine Strafverfolgung beantragen und keine Regressansprüche stellen will, aber die einzelnen Prinzipale keine verantwortliche Verpflichtung einzugehen brauchen. Eventuell Genossenschaft dürfen nicht auf schwarze Listen kommen. Wie gnädig! Und dann, o höchstes der Glücksgüter, gibt es einen Vorbehalt von sage und schreibe: höchstens! 20 Mk. je nach der Leistungsfähigkeit des Betriebes!!!

Der Streik war ein typisches Beispiel dafür, wie Kämpfe nicht geführt werden sollen. Wir behalten uns eine ausführliche Würdigung der Buchdruckerbewegung noch vor.

Die Staats- und Gemeindefahrer kampfbereit.

Eine stark beluchte Protestversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Kottbus erklärte in einer Entschließung, daß sie gewillt seien, auch mit dem letzten Mittel für einen Friedensreallohn zu kämpfen, falls nicht das Reichsfinanzministerium auf dem schnellsten Wege die Spitzenorganisationen zu Verhandlungen einladet. Lange genug hat die Arbeiterchaft sich durch Verhandlungen hinhalten lassen, aber jetzt will sie auch endlich einmal Daten sehen.

Streik bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. November.

Das streikende Personal der Hoch- und Untergrundbahnen hatte gestern nachmittag seine erste Streikversammlung. Die Stimmung ist vorzüglich. Der Anschlag der Direktion, daß sich alle Streikenden als entlassen zu betrachten haben, wurde einstimmig zurückgewiesen.

Eisenbahner für den Kampf.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 12. November.

Am 11. November abgehaltene Betriebsversammlung der Eisenbahner der Betriebswerkstätten Berlin hat von dem geplanten Abbau mit Entziehung Kenntnis genommen. Es wurde eine einstimmige Entschließung angenommen, nach der die Versammelten bereit sind, alle Kräfte zu mobilisieren, um diesen erneuten Angriff gegen die Eisenbahner abzuschlagen.

Der österreichische Eisenbahnerkampf vor der Abwürgung.

(Eigener Drahtbericht.)

Wien, 12. November.

Nach Verhandlungen mit dem Präsidenten der Bundesbahnen und der Streikleitung fand eine Sitzung auf der Grundlage statt, daß von einer einmaligen Steuererhöhung abgesehen wird, dafür eine dauernde Regelung der Bezüge erfolgt. Die Organisationsvertreter beschlossen, dieses Resultat den Streikenden zu unterbreiten. Die Gewerkschaftsbürokratie rechnet mit der sofortigen Beendigung des Streiks.

Bundeskanzler Seipel wurde wieder mit der Bildung der Regierung beauftragt.

Die Folgen der Entente-Hilfe haben sich in dem gewaltigen Kampf der österreichischen Eisenbahner gezeigt. In Deutschland wird die Entente-Hilfe die besten Erfolge hervorbringen. Die Entlassung von 24000 Eisenbahnern ist erst das Vorbild dazu.

Der Richter Seipels hatte nur den Sinn einer Erhöhung und Einschränkung der jahren Gewerkschaftsbürokratie. Dieses Ziel ist erreicht. Seipel lehrt wieder.

Textilarbeiterstreik in Frankreich.

Infolge der ungeheuren Steigerung der Lebenshaltungskosten haben die Textilarbeiter des Gebietes von Rouen eine Lohnerhöhung von 20 Prozent gefordert. Eine ganze Anzahl von Textilfabriken sind nach Ablehnung ihrer Forderungen in den Streik getreten. Der Streik dehnt sich von Tag zu Tag weiter aus. Die Arbeiter haben auch in den kleinen Städten große Demonstrationen veranstaltet. Die Fabriken werden von Gewerkschaften und Polizeibeamten, die strengsicherlich ausgerüstet sind, geschützt. Die Polizei versucht die Streikenden mit allen Mitteln zu probozieren. Das Gewerkschafts-Komitee ist zusammengesetzt um über die Ausdehnung des Kampfes zu beraten.

Gewerkschaft

Infolge Buchdruckerstreik erscheinen verschiedene Berichte verspätet.

Gewerkschaftlicher Selbstmord oder alle an einem Strang ziehen.

Oewa. Die Lohnpolitik, die der Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände den Gewerkschaften empfiehlt, ist nicht weniger als gewerkschaftlicher Selbstmord. Darüber noch ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Der Arbeitnehmer aber sei an diesem Beispiel erneut gezeigt, wie bitter notwendig es ist, die Reihen der Gewerkschaften zu schließen. Die noch immer abwärts strebenden Arbeitskollegen heranzuziehen, das Vertrauen zu den Gewerkschaften wiederherzustellen. Wir müssen wohl oder übel von den Lebenshaltungskosten auszugehen und alle an einem Strang ziehen.

So steht wörtlich zu lesen im Gewerkschaftsteil des „Vorwärts“ vom 25. Oktober.

Was verlangt der Geschäftsführer der Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, in seiner Programmklärung vom 21. Oktober in der „Berliner Börsen-Zeitung“? Nach Selbstangabe des „Vorwärts“ verlangt Meißinger folgendes: daß die Gewerkschaften jedwede Rücksicht auf ihre arbeitslosen Mitglieder fallen lassen und lediglich die Interessen ihrer arbeitenden Mitglieder vertreten, d. h. jeden Solidaritätsbegriff preisgeben. Weiter, daß sie die Gewinne der Unternehmer grundsätzlich als berechtigt anerkennen und den Klassenkampf einstellen, ferner daß sie für den Abbau der Erwerbslosenfürsorge eintreten und den Achtstundentag preisgeben. Wenn das erfüllt ist, wären die deutschen Unternehmer einverstanden mit der Erhöhung der Löhne falls diese Maßnahmen wirklich die Wirkungen haben sollten, die die Unternehmer erwünschen.

Wir stimmen mit dem „Vorwärts“ völlig darin überein, daß die Annahme dieses Programms durch die Gewerkschaften nicht weniger als gewerkschaftlichen Selbstmord bedeuten müßte. Wir sind vollkommen einverstanden mit dem „Vorwärts“, daß es bitter notwendig ist, die Reihen der Gewerkschaften zu schließen und wir stellen fest, daß der „Vorwärts“ unser lohnpolitisches Programm übernommen hat, indem er verlangt, daß man von den Lebenshaltungskosten ausgeht und daß alle an einem Strang ziehen. Auf dieser Grundlage könnte die gewerkschaftliche Einheitsfront noch heute geschlossen werden.

Es steht dem nur im Wege. Schon ganz abgesehen von der bisherigen Praxis der reformistischen Führer der freien Gewerkschaften — ihre gegenwärtige und künftige Praxis, die sie nach ihren eigenen Aussagen zu üben gedenken. Daran allerdings müssen wir — ohne irgendwelche „hohlgewandte Demagogie“ — feststellen, daß die Gewerkschaften, wird sie durchgeführt, nichts weniger als gewerkschaftlichen Selbstmord vornehmen würden.

Dem was bedeutet sonst die Bombardierung des Gothaer Ortsausschusses für seinen Versuch, „an einem Strang zu ziehen und von den Lebenshaltungskosten auszugehen“? Und was bedeutet das völlige Fallenlassen der Frage des Achtstundentages bei allen vor sich gehenden Lohnkämpfen? Und was bedeutet die Ablehnung jeder Einheitsfront mit den revolutionären Verbänden und mit der revolutionären Opposition?

Und was bedeutet schließlich folgende Erklärung im Gewerkschaftsteil des „Vorwärts“ vom 24. Oktober:

„Es ist falsch, zu behaupten, die Gewerkschaften fordern 15 Prozent Lohnerhöhung, selbst dann, wenn zufällig die Forderungen einiger Gewerkschaften sich gleichzeitig auf dieser Linie bewegen. Jede Gewerkschaft bestimmt selber darüber, ob, wann und mit welchen Forderungen sie in eine Lohnbewegung eintritt. Von einem geschlossenen Vorgehen aller Gewerkschaften kann schon deshalb keine Rede sein.“

Der Dr. Meißinger wird sich über diese Kundgebung des „Vorwärts“ freuen, nicht aber die Gewerkschaftsmitglieder. Die gegenwärtige Praxis und die Anklage für die Zukunft beweisen, daß die Gewerkschaftsbürokratie fest entschlossen ist, an ihrer verdrehten Taktik der Verhinderung und Zersplitterung aller Kämpfe festzuhalten. Was sie als „gewerkschaftlichen Selbstmord“ bezeichnen, das führen sie in ihrer Praxis durch.

Die Gewerkschaftsmassen, die Ortsausschüsse und die Betriebsräte müssen dieser Selbstmordpolitik die Verwirklichung dessen, was die reformistischen Gewerkschaftsführer selbst sagen, entgegenstellen:

„Wir müssen wohl oder übel von den Lebenshaltungskosten ausgehen und alle an einem Strang ziehen.“
Hinweg mit jenen, die sich dem in den Weg stellen. Hinweg mit ihnen, sowohl aus dem gewerkschaftlichen wie aus dem politischen Leben!

Freiburger oppositionelle Bauarbeiter an den Vorstand.

Am 18. Oktober 1924 wurde uns in einer Mitgliederversammlung ein guter Bericht über die Verbandssachgruppensitzung in Hamburg gegeben. Wenigstens Sellig aus Wabburg, der persönlich dieser Sitzung beizuwohnte, gab folgendes interessante Bild der Versammlung bekannt: Man kann sich nicht vorstellen, wie es überhaupt möglich sein kann, daß eine freie Gewerkschaft, die ihre Ziele nur auf revolutionärem Wege erlangt, überhaupt erretzen kann, eine Sitzung eines Rauch- oder Regelflubs abhält. Neben den Verhandlungspunkten, die nur wenige Stunden in Anspruch nahmen, wurden die Klubstunden angetreten. Gemeinlich wurde eine Dampfzucht veranstaltet. Danach ein gemütlicher Kaffeeklatsch mit allerhand interessanten Unterhaltungen und abends ein gemütliches Beisammensein bei Musik und Tanz und verschiedenes mehr. Als bei verschiedenen Punkten die Genossen der Opposition das Wort ergreifen wollten, wurden sie selbstverständlich durch heillosen Schandal ungeschädlich gemacht. Ein Genosse konnte nur einige Worte verlieren und sagte, er hätte nicht Lust, viel zu sprechen, weil es ihm doch nicht möglich wäre. Unsere Freiburger Kollegen können nun endlich einmal ihre revolutionäre Meinung an den Platz bringen, indem sie unsere Opposition stärken. In gewaltigem Irrtum ist Pawlow und seine Anhänger wenn sie glauben, diese Bundestagung wäre für ihre Schäflein erledigt. Wir appellieren an sämtliche Zweigvereine, ihren Kollegen das Verhalten des Bundestages vor Augen zu führen, und die Kollegen aufzufordern, mit unseren oppositionellen Kollegen Freiburgs gemeinsam in den Kampf zu treten. Unter Punkt Verschiedenes stellen wir folgenden Antrag, der von der Versammlung einstimmig angenommen wurde und sofort an den Bauarbeiterbund Hamburg eingeschickt wurde.

Der Antrag lautet folgendermaßen:

Die heute, am 16. 10. 1924 im „Grünen Baum“ stattgefundene Mitgliederversammlung erhebt schärfsten Protest gegen die fortgesetzten Ausschüsse revolutionärer Kollegen und fordert:

Jede Zelle und jedes Arbeiterpartei-Komitee muß ein „Stützpunkt“ für die agitatorische, propagandistische und organisatorische Arbeit unter den Massen werden, d. h. unbedingt dahin gehen, wohnt die Masse geht, und bemüht sein, ihre Bewusstheit auf Schritt und Tritt in die Richtung auf den Sozialismus hinzutreiben, jede Teilfrage mit den allgemeinen Aufgaben des Proletariats zu verknüpfen, jedes organisatorische Unternehmen in eine Angelegenheit des Zusammenschlusses der Klasse zu verwandeln, sich durch Energie ihren ideellen Einfluß, die führende Rolle in allen proletarischen legalen Organisationen zu erobern.

LENIN. Auf dem Weg hinaus, 1909.

bern sofortigen Schluß hier Ausschlußpraxis und die sofortige Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Bezirks- und Kollegen zu den alten Bedingungen in den Bauarbeiterbund.

Opposition der Freiburger Bauarbeiter.

Achtung! NS.-Ortsgruppen!

Die Registrierung ist nun durchgeführt!

Habt Ihr bereits die Stichtung derselben vorgenommen?

?

Heran an die Konstituierung der Betriebszellen!

Amelie verschwand, wenn er davon sprach, und wir hörten durch die Tür ihr schmerzliches, uferloses Schluchzen. Paolo schlug mit der Faust auf den Tisch:

„Sag du mir, wo dies verfluchte Leben sein Herz hat, ich will die Bestie ins Herz treffen, ich will Gerechtigkeit sehen. Wer gibt Amelie ihr reines Leben wieder? Warum hat man sie in den Tod getrieben? Sie war nicht einmal schön, aber sie war wie ein Kind! Das reizte sie! Jemand muß doch schuld sein!“

„Niemand ist schuld!“, sagte Sabatier. „Ein jeder ist so, wie er werden mußte. Die Unschuldigen verderben sich gegenseitig und Dagegen kann man nichts machen.“

„Du bist ein Philosoph!“, sagte Paolo. „Aber unschuldig? Das ist nicht wahr. Du bist schuld, ich bin schuld. Ein jeder von uns ist schuld, denn wir lassen es zu. Für jedes Unrecht — Tod! Für jedes verlorene Mädchen, für jedes Weibchen.“

Der alte Alf strahlte, denn seit einigen Tagen hatte er wieder Geld. Die bessere Gesellschaft tobte vor ihm. Der verrückte Demagoge und eine geborene Prinzessin, die Prinzessin Sokanta... wie konnten die aneinanderkommen!

Man versuchte der Prinzessin Vorstellungen zu machen, sie aber fragte ihren Beichtvater, seit wann es Sünde wäre die Armen zu speisen und gab ihm den Rat, sich in christlicher Demut zu üben. Der hohe Würdenträger der Kirche zog wie ein beglückter Pöbel ab. Ihre ganze Umgebung hatte sie eingeschüchert und kam täglich mit Alf zusammen. Alf hatte sogar ihr zu Liebe einige Kompromisse gemacht, er trug einen schwarzen Rock, pflegte seinen Bart und hatte eine Kette im Knopfloch. Er wurde sogar geprügelt. Er brachte mir das große Wort von Karl Marx, das ich nun durch ihn kennenlernte. Das Buch nahm mich vollständig ein, ich sprach oft darüber mit Alf, der vor Marx die größte Achtung zeigte.

Meistens aber sprach er von der Prinzessin.

Auch Paolo sprach von ihr.

„Ich hab' sie gesehen! Sie ist schön wie eine Blüte, wie eine Märchenprinzessin ist sie. Man muß unwillkürlich sagen: Gebenedeit ist die Erde, die dich geschaffen. Es dürfte solche Wunderwerke nicht existieren: Menschen, die man für Götter halten muß. An demselben Tage, wo meine kleine Amelie für mich einige Groschen mit ihrem ganzen Körper verdiente, habe ich die Erde für die Prinzessin Sokanta gebenedeit.“

Betrieb und Werkstatt

Karl, Karl, was läufst du denn so?

Sieht wohl ein schlechtes Gewissen?

„Du hörst endlich mit deinen verdammt Betriebsberichten auf! Ich habe wahrhaftig anderes zu tun, als Berichte für die „Schlechte Arbeiterzeitung“ zu schreiben“, antwortete Karl.

„Ich habe ja kein Wort von Betriebsberichten gesprochen. Du scheinst also doch ein schlechtes Gewissen zu haben. Aber sage mal wirklich, warum schreibst du nichts?“

„Ja, mein Lieber, das ist nicht so einfach. Die haben ihre Nasen überall drin stecken. Schreibst man nur zwei Seiten für die Arbeiterzeitung, so weiß es morgen der ganze Betrieb. Da und dann bist du verrät, und fliegst morgen auf Pfahler. Was nützt es der Partei, wenn wir alle auf Pfahler fliegen?“

„Na, du wirst dich schon für die Partei erhalten. Du machst halt gar nichts, damit die Partei keinen Schaden nimmt.“

„Die brauchen bloß meinen Namen abzufragen, schon ist der Teufel los“, entgegnete Karl.

„Aber Karl, die Redakteure werden deinen Namen getreu geheim halten. Hauptsache ist, du schreibst vorsichtig, damit sie dir nichts nachweisen können.“

„Aber das Ganze hat doch gar keinen Sinn. Den Bericht liest kein Mensch, er ist für die Katz.“

„Du hättest deutscher Diplomat werden sollen, Karl, erstens weil du so viel Schwimmbest, zweitens weil du so dumme Schwimmbest. Sigmund lesen alle, das anderemal liest niemand deinen Bericht, wenn du schon Schwimmbest, dann geschickter! Also bessere dich! Auf Wiedersehen!“

Und damit trennten wir uns.

Wie man mit Arbeitern umgeht.

Ein Arbeiter schreibt uns:

Friedrichsdorf. Ich habe als Bauarbeiter hier im Dorf bei Herrn Wolf gehäuft. Die Herr zählt nie Tariflöhne, sondern macht's, wie es ihm gefällt. Ich mußte schon fast ein halbes Jahr 4 Pfennige unter Tarif arbeiten und dauernd versprach mir dieser „noble“ Herr den vollen Lohn. Als ich jetzt wieder meinen zu beanspruchenden Lohn forderte, setzte mich Herr Wolf einfach auf die Straße. Nun sitze ich mit meinen vier Kindern zu Hause und kann verhungern.

Brügel anstatt Lohn.

Wie weit den Unternehmern der Kamm geschwollen ist, beweist nachstehender Vorfall, welcher sich in den Hegenfeldwerken zu Gleitwag abspielte:

Am 28. 10. gehen einen Arbeiter die Unterhaltungsarbeiten aus und er ist gezwungen, sich vom Meister einen Kantinenzettel zu holen. Diese Zettel sind für die Abteilung, in welcher der Arbeiter arbeitet, vom Obermeister O. zu erhalten. Da aber der Arbeiter bereits ein kleines Schuldtonto auf diese Weise stehen hatte, getraute er sich nicht recht an den Herrn Gewaltigen Offenbarerg heran und ging zu dem Untermeister G. Im selben Augenblick als der Arbeiter den Untermeister G. um den Kantinenzettel anhielt, kommt der Obergewaltige heran und hört das Anstöhnen des Arbeiters.

Kaum hat der Arbeiter, der 19 Jahre alt ist, seine Bitte nach dem Zettel ausgesprochen, als ihm der Obermeister ohne etwas weiteres zu sagen, zwei Knäuelchen verabreicht, und sodann den Arbeiter nach Hause jagt.

Die Verantwortlichkeit, mit welcher der Obermeister den jugendlichen Arbeiter behandelte, liegt in folgendem:

Der Vater des geprügelten Arbeiters, der vor kurzer Zeit verstorben ist, hat vor seinem Tode des Hieren mit dem Herrn Obermeister ein Glaschen oder auch einen Schoppen aus der Werkstatt dieses Herrn zu sammen getrunken. Auf diese Vertraulichkeit hin, welche man sonst im gewöhnlichen Leben „Korruption“ oder „Schmiererei“ nennt, bildet sich der Herr O. ein, er künnte nun Erbschereche an dem Sohne dieses Arbeiters vornehmen.

Dieser Vorfall zeigt wieder einmal, wie die Vertreter der Unternehmer die Arbeiter behandeln. Es wäre also demnach höchste Eilenbahn, daß die Arbeiter sich endlich befinnen, mit ihre Sklavenanreider nicht mit Schnaps traktieren, damit es ihren Kindern besser geht, sondern sie einfach zum Teufel jagen.

Mag dieser Vorfall eine Lehre sein für die Arbeiter der Hegenfeldwerke.

Verschwörer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kankowski
Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

27]

Ein's Nachts war Lia zärtlicher zu mir als sonst. Frühmorgens sagte sie: „Leb' wohl! Ich komm' nicht mehr zurück!“

„Wo willst du hin?“

„Ich bin frei und du bist frei!“, sagte sie und verschwand. Abends kam Paolo zu mir. Wir sprachen über dies und jenes, zuletzt sagte er: „Lia und ich, wir lieben einander.“ Ich blieb also allein.

Schlimmer noch, denn mich qualte die Sehnsucht nach Lia, die mich trauern gemacht hatte mit ihrer Leidenschaftlichkeit. Durch die Wand hindurch hörte ich ihr Lachen und ihre Küsse; ich hätte sie beide töten können.

Ich bekam ein schwarzes Fieber. Der alte Alf selbst nahm mich in seine Pflege und war oft bei mir.

Wir wurden Freunde. Ihn konnte man alles anvertrauen. Ich sprach ihm von Lia, er zeigte keine Spur von Ermüdung. Er verurteilte nichts. In meinem ganzen Leben habe ich keinen Menschen mehr kennengelernt, der so gültig und klug gewesen wäre.

Ein's Nachts stürzte Lia in mein Zimmer.

„Er schlägt mich tot!“

Hinter ihr kam Paolo und schlug sie mit der Faust ins Gesicht. Ich sprang auf, sie zu verteidigen, aber Paolo streckte mich mit einem Schläge hin, ich schlug mir den Hinterkopf auf an einer Marmorkante und verlor das Bewußtsein.

Ich erwachte in Paulos Armen: Fratello! Berzeih! Ich bin müde geworden durch diese Händel! Lia war gestorben. Ein Oriental hatte sie an einen russischen Fürsten verheiratet. Einige Tage später wurde Paolo für vierzehn Tage eingesperrt, da er den Kuppler über zugerichtet hatte.

Ich lag schwer krank und phantasierte.

Alf und zu fand ich Blumen an meinem Bett, sie stammten von Amelie. Auch ihr Gestalt sah ich oft über mir. Paolo kam zurück und erzählte gerührt, daß Amelie ihm Mädchen, Mädchen, Mädchen und Brot ins Gefängnis gebracht hätte.

Amelie hatte ein Straußchen Blumen in der Hand.

„Diese Blumen“, sagte sie, „will ich der Prinzessin in den Wagen werfen! Ich werde ihr sagen, sie kamen von mir, zum Paolo.“

Sie hatte „meinem Paolo“ gesagt und wurde rot.

Am diesem Abend kam sie nicht zurück. Wir waren nicht sehr beunruhigt, nur Paolo war finster.

„Sie wird sich selbst verkaufen, um ihr Blumen in den Wagen werfen zu können!“, sagte er.

„Wäre sie nicht so, wie sie ist“, antwortete Sabatier war: sie nicht der ehrlichste Mensch, den ich kenne.“

In derselben Nacht erkrankte Sabatier schwer; er ließ Alf zu sich bitten, der untersuchte ihn und sagte: „Mut! Mut! Alter Freund! Sabatier hat ihn, ihm zu sagen, wann der Tod herankame. Der alte Arbeiter blickte ihn unterwands an, in seinen Augen lag Verzweiflung. Er fürchtete für seine Kinder, daß nach seinem Tode das Leben sie in seine Schmutzige Brettmühle zwingen könnte.“

Sein Tod war einer von diesen Augenblicken, von denen die Historiker sprechen, wenn sie vom Tode der alten Republikanten Rom berichten.

Die Kinder standen die ganze Nacht wach an seinem Bett. Die Frau kniete bei ihm. „Du kannst ruhig sein, Pierre“, sprach sie ernst, „ich werde unsere Kinder bewachen. Du brauchst keine Angst um sie zu haben, sie werden wohl unglücklich sein, aber sie sollen nie den wahren Weg der Arbeit und der Freiheit verlassen.“

Am Morgen verlor er das Bewußtsein.

Da drang die Polizei ins Haus. Man hatte Amelie in einer Matrosenkneipe ermordet aufgefunden mit Spuren einer verheerenden Vergewaltigung der Leiche. Die Polizei kam, um zu erfahren, ob sie jemand rekonstruieren könne. Der Beamte nannte sie eine weinerliche Hure, er gebrauchte einen noch stärkeren Ausdruck.

„Wie sprichst du?“, brüllte ihn Paolo an.

Er erzählte noch, wie man sie gefunden hätte und schloß mit der Bemerkung: ungelommen wie ein Hund. Dabei blühte er Paolo spöttisch an.

Der sagte nichts mehr. Frühmorgens verließ er das Haus, nachdem er dem sterbenden Sabatier die Hand gedrückt hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilungen der Bezirksleitung

an die oppositionellen Zertillarbeiter Schließens.

Am Sonnabend, den 16. und Sonntag, den 17. November hält der deutsche Zertillarbeiterverband einen Betriebsrätekongress

Betriebsrätekongress

in Oßlich, in der dortigen Stadthalle ab. Wir wissen schon, daß die Bürokraten die oppositionellen Betriebsräte von dem Kongress auszuschalten versuchen...

Nur Betriebsräte erscheinen auf dem Betriebsrätekongress der Zertillarbeiter.

Meldet sofort alle Genossen und sonstigen oppositionellen Betriebsräte an die Bezirksleitung der Partei und verhindert den freien Betrug der Bürokraten.

Bezirksleitung Schließens der APD, Abt. Gewerkschaft.

Bernarbeiter Waldenburgs, seid auf der Hut!

Die am 31. Oktober 1924 tagende Betriebsräteversammlung nahm Kenntnis von der Nichtverbindlichkeitsklärung des Zwangsschiedspruches durch den Arbeitsminister Brauns...

Mitarbeiter der „Bergwacht“

Auf Nr. 257 der „Schlesischen Bergwacht“ „Kommunistische Welt überall“, zwingt mich Endesunterzeichnet eine Erwiderung zu bringen. Dem Artikelhelfer Alfred Wendrich...

Ich gehe zurück zu der Zeit, als Richard Kindner noch Betriebsratsmitglied war und als solches uns das Ansehen stellte...

Paul Rohsa

Ein Nachruf für den „Proletarier“

Im redaktionellen Teil der Nr. 82 Schmidt der „Proletarier“ mächtig auf die Kommunisten und räumte ein klein wenig auf die Ausbeuter...

Unter dem Nachruf heißt der Name der Belegschaft. Wir bewußten jedoch entschieden, daß die gesamte Belegschaft beider Betriebe...

Kommen sich denn je ein Unternehmer um die Opfer der Betriebskassette? Was ist der Zweck der Kassette, die er in den Tod schicken hat...

Manchmal, nicht einmal der „Proletarier“, wird diese Fragen mit Ja beantwortet. Trotzdem nimmt dieses Langweilige Bodenständigkeit solche Interesse auf...

Stauben die Weber Langenbühlens oder Reigelsdorfs jetzt noch, der „Proletarier“ wie alle sozialdemokratischen Zeitungen werden je die Interessen der Arbeiter vertreten...

Die „Bergwacht“ nimmt nationalistische Interessen auf, der „Proletarier“ lobt die Ausbeuter. Eine keine Edelhaftigkeit. Beider des Reichsbannerkreises! Götter ihnen am 2. Dezember die Antwort!

Im Freiburger Werkstätten

Der „Bergwacht“ in Nr. 25 wird uns mitgeteilt, daß in der Metallarbeitervereinsleitung ein SPD-Kollege unter falschem Namen gesprochen hätte...

Auch der ausgesprochene Stadtratsrat und ehemalige Gewerkschaftsleiter muß herhalten. Er hat sich Befreiungen zu Schulden kommen lassen...

Hallo! Prolet!

Die Internationale

mit Beilage „Der Parteiarbeiter“ muß von jedem Genossen gelesen werden

Gib sofort am Zeitungsgeschalter ein Postabonnament auf

Kriegerverfahren um ihre Unterstützung betrog, und dafür mit 150 Mark Geldstrafe bestraft wurde...

Aber die Genossen ihre Arbeitskraft nicht voll ausgenutzt haben, kann der Artikelhelfer nicht verstehen...

Haltencreuz und Reichsbanner!

Auch zu Karlsruhe, Koble, Hauszinssteuer und Miete; bitte Klarheit. Wer hatte denn hier dafür gesprochen? Doch nicht etwa der Hantelmann...

Gerüchte

Der Tod einer Arbeiterin

Am 12. Oktober warf sich die junge Arbeiterin Anna Sturm (Sieben) vor den von Umbesbach kommenden 745-Mhrzug und wurde getötet.

Ueber die Motive der Tat lesen die blutdürstigen Gerüchte in Umlauf. Wir aber stellen fest: Die Arbeiterin Anna Sturm ist ein Opfer des heutigen Systems geworden...

Bruderschaft 578

Unter dieser Epithete beschäftigt sich das sozialdemokratische „Volkblatt“ von Oerich mit dem kommunistischen Männerhals...

Wenn die Kommunisten, getrieben durch die Uebermacht ihrer Gegner, zu allen Mitteln greifen, um die Interessenerrettung der Arbeiter zu wahren...

der Männerhals, der sich in dieser Hinsicht äußert, nicht zum Teufel gefahren und vielleicht kann uns Herr Franz vom Bergarbeiterverband Auskunft geben...

Es wäre wirklich sehr wünschenswert, daß nicht die Bruderschaft 578, sondern die Bruderschaft, die sich in Händen des Arbeitgeberverbandes befindet...

Was ein Häßchen werden will, trümmert sich...

Dieses Sprichwort scheint besonders für unser ober-schlesisches sozialdemokratisches „Volkblatt“ gewiß zu sein. Im Vollbewußtsein seines Grundes — hiermit ist nicht gemeint die proletarische Interessenerrettung...

In der Freitagnummer vom 31. Oktober lesen wir unter der Ueberschrift: der Admiralspaß, trotz der Gänzlichkeiten, daß sich die Inhaber des Volksblattes schon höchlich darauf freuen...

Ja, ja! Man ist schon so weit gekommen, daß man das, was man einstens aus heiliger Furcht und Aufgabe bekämpfte, heut bis in den siebenten Himmel hinetrieb und preist!

Na, na! Man braucht sich nicht zu wundern. Geld stinkt nicht, und selbst wenn es aus der Hand von Besitzern der Luxusstädte kommt...

Man hat's ja erreicht, und zu was hat man die langen Jahre Opposition getrieben, daß man jetzt nicht sollte die Früchte der Opposition genießen...

Wo wundern wir uns nicht mehr über die Sozialdemokratie. Sie hat's erreicht!

3 Anzüge und 1 Grad und dann — Verachtungen!

Herr Staatsanwaltschaftspräsident Humann, der Herr der uns allwöchentlich seine „Verachtungen“ spendet...

Herr Humann, die bürge-sozialdemokratische Presse und die Republik gehören ebenso zusammen wie Gummistoppel und Schuppmann.

Wieder mal die Graube!

Ich hatte das Unglück, in der Graube zu verweilen. Eine Woche vor meinem Abgang stellte ich den Antrag, meine Sachen aufzubehalten...

Neuer Meinungen der Arbeiterliteratur

Lenin. Studien über den Zusammenhang seiner Gedanken. Von G. Lukacs. Malik-Verlag, Berlin.

Schon der Unterseite herrscht den Literaten im höchsten Sinne des Wortes. Das Buch handelt über: Die Aktualität der Revolution, das Proletariat als führende Klasse...

Neben den vielen Mängeln des Buches, die wir nur andeuten haben, steht der literarische, gefühlvolle Stil ab. Für einen Arbeiter, selbst einen Funktionär, ist dieses Buch unverständlich.



Der Vormarsch der Deutschnationalen in der Ebert-Republik.

W. A. Im November 1918, als die Weltmachtspolitik des alten Deutschland zusammenbrach, troffen alle deutschnationalen Gelben vor Schreck in sämtliche Mausefänger. Unter dem Schutz der sozialdemokratischen Parole: Ruhe und Ordnung aber konnten sie sich von ihrem panischen Schrecken wieder erholen. Einer nach dem anderen kam wieder hervor, und unter dem Schutze der Republik organisierten sie sich und zielbewußt wieder ihre reaktionären Kräfte, mit denen sich die Koske-sozialisten verbündeten, um die revolutionäre Bewegung der Arbeitermassen zu brechen.

Zunächst und Großkapitalisten, die Nutznießer der Aufwindlieferungen und der Kolonialausbeutung vor dem Kriege, die Nutznießer der ungeheuerlichen Kriegslieferungen und des Kohlenberaubens der Massen, die Nutznießer des kapitalistischen Wiederaufbaus, des sozialdemokratischen Revolutionsverrats („Nur die Arbeit kann uns retten!“), die Nutznießer der schamlosen Papiergeldschwindelwirtschaft der sozialdemokratischen Koalitionsregierungen, die Nutznießer des Ausnahmezustandes, der Ebert-Sozial-Diktatur, sie wollen jetzt auch die alleinigen Nutznießer des großkapitalistischen Sachverständigenbüros, des Durchführungs des Londoner Sklavenspaktes sein, deswegen wollen sie in die Regierung.

In der Ententekommission Deutschlands, unter dem Doppelschutze deutschnationaler und national-imperialistischer Ausbeutung der wertvollen Massen ist kein Platz mehr für parasitäre Kaskaden wie die sozialdemokratischen Mittel- und Zwischenmeister. Abgebaut muß man sie. Dabei sind die Deutschnationalen in den Augen ihrer treuesten Anhänger selbst genau so Verräter an den deutschnationalen Idealen, wie die Sozialdemokraten die sozialistische Idee und ihre Klasse, das Proletariat, verraten haben; gegen bare Zahlung „opfereten“ die Deutschnationalen die nationale Idee und das Vaterland.

Es war kurz nach der Erschießung Schlageters, als sie ihren neuesten Verrat begannen, indem sie den Verkauf Deutschlands an das Ententekapital — ihren Feindbund — einleiteten. Damals, als sie eben einen Teil ihrer Anhänger in den aktiven, nationalistischen Widerstand, in Terror- und Sabotageakte, in Sprengungsaktionen gekehrt hatten, setzten sie sich gemüßigt an den grünen Tisch, um ihr Verkaufsangebot für die Entente aufzusetzen. Ihr nationaler Sammlungsanzler Cuno, ruhmloser Angeber, mußte nach der Vorarbeit Helfferichs das Verkaufsangebot Deutschlands herausbringen. Der nationale Cuno war übrigens gleichzeitig ein Vertrauensmann des amerikanischen Großkapitals (Harriman, Guggenbühl) und der Vertrauensmann der Deutschnationalen.

Und dieser Cuno hat im Einverständnis mit der Deutschnationalen Reichstagsfraktion durch das Angebot vom 7. Juni 1921 außer dem Reichsbankgold und den Steuereinnahmen der Entente die Haftung der deutschen Reichseisenbahn für eine Milliarde Mark jährliche Zahlung und der deutschen Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe für 800 Millionen Mark Jahreszahlungen angeboten. Neben dieser jährlichen Zahlung von 1,8 Milliarden Mark, für die die Cuno-Helfferich Eisenbahn und Industrie als Garantie anboten, wollten sie noch rund eine Milliarde Mark jährlich an Sachlieferungen, Besatzungskosten und Kosten der verschiedenen Ententekommissionen in Deutschland übernehmen.

Die Deutschnationalen waren also nicht nur erfüllungsbereit, sie haben nicht nur die Zahlungspflicht und Zahlungsmöglichkeit von 2,8 Milliarden jährlich auf Kosten der wertvollen Massen anerkannt, sondern sie haben mit der Zustimmung zu dem Cunoangebot vom 7. Juni 1921 auch bewußt die Auslieferung des Reichsbankgoldes, der Reichsbahn und



der Industrianteile eingeleitet. Das auch die Sozialdemokraten, wie sämtliche Mittelparteien, diesem Cunoangebot zugestimmt haben, versteht sich bei ihrer Kundendemo vor Kapitalangeboten ganz von selbst.

Schritt für Schritt sind die Deutschnationalen diesen Erfüllungsweg weitergegangen. Sie waren wie die SPD einverstanden mit der Verfassung der amerikanischen Sachverständigen. Sie stimmten wie die SPD dem Ernüchterungsartikel für die Ernüchterungsregierung Marx-Strosemann-Guthen zu. Sie lehnten jedes Mißtrauensvotum gegen diese Regierung ab. Und obwohl sie im Wahlkampf im Mai des Jahres die Sachverständigen-Gutachten als schändlich und schamlos bekämpften, als ein zweites Verfallsdatum verdammt und mit der Hilfe genau die Ernüchterungsregierung Millionen Mark für sich aufzurufen, hat die deutschnationale Reichstagsfraktion noch zwei Wochen später es ausdrücklich abgelehnt, der Ernüchterungsregierung für die Rechte zu der Londoner Verfassungserklärung das Mißtrauen auszusprechen. Zur Begründung dieser Verhinderung des Mißtrauensvotums gab der deutschnationale Fraktionsführer Schalk-Bromberg die Erklärung ab, daß die Regierung für die Londoner Verhandlungen keine Sachverständigen wählten wollten. Keine Sachverständigen für das „zweite Verfallsdatum“ — das ist deutschnational!

So kam, was bei dieser Heuchlerpartei kommen mußte: das jämmerliche Gaukelstück des 20. August, die Annahme des Eisenbahnauslieferungsgesetzes mit dem schädlichen Titel der verdeckten Karten, wobei man die rote Karte mit einer Hand oben hielt, um darunter mit der anderen Hand die weiße Karte in die Abstimmungsurne zu schieben.

Nachher stimmte die Hälfte der Ebertfraktion noch, ohne namentliche Abstimmung, durch Erheben von den Sitzen für das Londoner Protokoll, den Verfallungsgehalt, der die Steuerauslieferung und die schimpfliche Kommissarskontrolle, wie sie nicht einmal die Türkei erdulden mußte, jetzt über Deutschland bringt.

Aber Schieber wollen Geschäfte machen. Und so stehen sich die, die nach ihrem Wahlkampf wieder christlich, deutsch und national sind, für diesen Verrat aller nationalen Belange fastig bezahlen. Mit 30 Silberlingen sind die nicht zufrieden. Sie verlangen die Herrschaft über Kolonialdeutschland, die Verwaltung in Preußen, und wollen — Geld in ihren Beuteln! Vier Ministeressel im Reich, die Hoffnung auf die preussischen Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten und Landratspräsidenten, die rasche Bewilligung der Brotwunderzölle und — ein vierhundertfaches Millionengeschäft an landwirtschaftlichen Wechselkrediten stehen sie sich zusagen. Dafür verkaufen sie die 48 Stimmen, die ihnen damals die Reichstagsauslösung vom Halse hielten.

Die 800 Millionen Mark Wechselkredite für den Großgrundbesitz haben sie im Saal. Die haben sie als bare Zahlung behalten. Der Reichsbankpräsident Schacht erklärte drei Tage vor der entscheidenden Abstimmung: Wir haben 800 Millionen Wechselkredite für die große Landwirtschaft bereitgestellt. Werden die Londoner Gelehe nicht angenommen, so können wir diesen Kredit nicht gewähren. Die ganzen Drei-Monats-Wechsel müssen dann von den Agrariern eingelöst werden.

Man sah ordentlich, wie die Großagrarien unter diesen Erklärungen zusammenzuckten. Und sie entschlossen sich, genaugenau Ja-Sager für die Londoner Sklavengesetze abzukommandieren, um sich so die Kredite zu retten. Jetzt haben sie die 800 Millionen — also genau den Betrag der amerikanischen Reklamationen der SPD — im Saal. Und sie werden, treu-deutschnational wie gewöhnlich bei diesen Prozentpatrioten, diese Millionen dem bankrotten Vaterland jahrelang ratenweise — schuldig bleiben! Wenn man dann nach ihren Wilhelm, den Ausgerückten, und die anderen Patentaten abfinden muß, dann ist selbstverständlich für Sozialrentner, Kriegssparer und Erwerbslose, für die enteigneten kleinen Sparer und für anständige Beamtengehälter nichts mehr übrig.

Die wird man jetzt im Wahlkampf wieder mit großen nationalen Phrasen, mit vaterländischem Schwundel und Kommunisten-geißel machen, d. h. wenn sie sich nicht endlich aufhören den Schwundelchleier zerreißen und als Protest diese Sozialausplünderung trotzig kommunistisch wästel-

Die Deutschnationalen — keine Beamtenpartei.

W. A. Jeder Beamte sollte begreifen, daß die Deutschnationalen, zur Herrschaft gelangt, sofort die alle Vorkriegswirtschaft mit der völligen geistigen und sozialen Knebelung der Beamtenschaft wieder aufrichten würden. Aber solche allgemeinen Erwägungen hatten bisher bei den Beamten noch keine durchgreifende Wirkung. Sprechen wir also von noch keine Beamtenrecht, Befolgung und Abbau. In allen Fällen sind die Deutschnationalen eine Partei gegen die Beamten. Sie sprechen zwar von den alten Beamtenrechten, die sie wiederherstellen wollen. Sie meinen damit die Unterwürfigkeit und völlige Abhängigkeit aller unteren und mittleren Beamten von den Geheimratskassen wie zur kaiserlichen Zeit.

Im Beamtenausschuß des Reichstages sind sie die schärfsten Gegner jeder freieren Regelung des Dienstverhältnisses. Sie sind die schärfsten Gegner der Beamtenräte. Für alle Berufsgruppen verlangen sie „Standesvertretungen“. Aber Beamtenräte, das ist ja fast Bolschewismus. Räteystem, das nicht kommunistisch. Die Deutschnationalen sind auch für Räte, aber für Geheimräte, für den verzerrten Wirklichen Geheimen Regierungsrat.

Und nun gar Beamte in den Disziplinar-Kammern als mitentscheidende Richter. Das untergräbt doch alle hierarchischen Ordnungen. Für Beamtenrechte sind die Deutschnationalen nie.

Und wie stehen sie zur Befolgung? Neben dem allgemeinen reaktionären Gerede von den viel zu hohen Beamtengehältern in der Republik nur ein Beispiel: Als Anfang Juni nach Ablehnung der Beamtenforderungen durch die Regierung im Reichstag die paar Pfennige tägliche Zulage für einen Teil der Beamten durch Kompromiß erledigt wurde, da waren auch die Deutschnationalen, wie die SPD, mit bei dem Kompromißpartei. Grundlich lehnten sie den kommunistischen Antrag ab, der wenigstens fünf 1-6 M. monatlich für einen Teil, doch 10-15 M. monatlich für alle unteren und Familienzulagen für alle mittleren Beamten gebracht hätte. Diese bedeutende Reduktion wurde auch von den Deutschnationalen abgelehnt. Schließlich ließen sie sich aber für die Großbeamten, damals nicht weniger wie 800 Millionen Mark langfristige Wechselkredite durch die Regierung auszahlen. Das war fast genau der gleiche Betrag, den damals die SPD für ihren Antrag auf Erhöhung der Beamtengehälter für erforderte hielt. Die satten Paratier stechen ihn ein.

Schließlich der Abbau? Alles Gerede der Deutschnationalen darüber ist unwahr. Sie haben der Abbauregierung das Entschuldigungsgebet gesprochen. Sie haben ihr wie das Mißtrauen ausgesprochen. Sie haben ebensowenig wie die SPD durchsetzen versucht, daß der Justiz-Reichstagsbeschluss gegen den Abbau von ihrer unüberprüflichen Regierung beachtet wurde. Sie wollten nämlich gar nicht, daß der Abbau gestoppt wird. Sie sind für weiteren Abbau. Die hinter den Deutschnationalen stehenden Beamtenverbände fordern in Eingaben, Denkschriften und Petitionen immer und immer wieder: „Energievolle Durchführung des Beamtenabbaus unter gleichzeitiger Beschränkung der Eingruppierung der verschiedenen Beamtenkategorien in die einzelnen Befolgungsgruppen.“

Wohlfahrt, Arbeitsverlängerung, Urlaubserhöhung, Kadaverbesetzung, Geheimratswirtschaft und sorgloser Abbau, das ist deutschnationale Beamtenfreundschaft.

„Wehe, ja wehe dir, du Arbeiterchwein!“

Diese schöne Verszeile stammt aus dem Liedchen der Brigade Ehrhardt und der Organisation Consul. Was ist aber die Brigade Ehrhardt und die O. C.?

Der Reichsanwalt der höchsten deutschen Instanz für politische Rechtsprechung hat eben erst festgestellt, daß beides

hochpatriotische Organisationen

sind. Uebrigens wurde vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik festgestellt, daß 1921 die Regierung genau unterrichtet war über Wesen, Ziele und Aufträge dieser Organisationen.

Welche Regierung war das?

Die Wirth-Regierung, in der Sozialdemokraten saßen. Und in Preußen war Innenminister Herr Severing.

Nach einer Feststellung des Staatsgerichtshofs, in dem Wissell und Brandes saßen und der die Schöpfung und das Lieblingstier der SPD ist, waren also die

sozialdemokratischen Minister vollkommen solidarisch mit denselben Ehrhardtischen Organisationen, die sie dann als

Mörderbanden bezeichneten. Wissell, der Meister der Verhandlung gegen DC, muß übrigens genau unterrichtet sein, denn er war damals Reichsanwalt.

Noch eine Erinnerung wurde in der Leipziger Verhandlung aufgeführt: Noske

jog 1919 in Berlin mit der Brigade Ehrhardt ein, ihr Abzeichen am Arm.

Ob er auch das schöne Lied vom Arbeiterchwein gesungen hat, ist unbekannt.

Aber die SPD macht — Wahlagitation „gegen die Reaktion“.

Arbeiter, denke daran, wenn diese Selben dir etwas vormachen wollen.

Die „Halbierten“ und die „Ganzen“

„Zur Rechten sah man wie zur Linken einen halben Irren herniederfallen“

Das ist einer der Hauptschlagwörter der SPD bei der Wahlagitation gegen die Deutschnationalen.

In der Tat ist die (christliche) Auslegung, die das Wort „Ja, ja, nein, nein“ bei der Abstimmung am 20. August erhalten hat, zum mindesten eigenartig: in der linken Hand (die sehr wohl wußte, was die Rechte tat) eine Karte, in der anderen eine andere, alles gut preussisch eingeregelt und nach Commando-Fraktion und „unerschütterliche Gesinnung“ halbiert — das läßt sich sehen. Aber daß ausgerechnet die Sozialdemokraten darüber spotteten, ist etwas unerschämmt.

Diese schöne Partei hat beispielsweise

ein halbiertes Programm:

die eine Hälfte ist in Göttingen fabriziert worden und heißt Etienneprogramm, die andere hat Crispian in seiner Sünden Maidensidee verbrochen, noch für die USP zu Leipzig Anno 1919. Und kein Mensch weiß, was eigentlich gilt. Herr Levi schwört mit den Seinen, sie seien revolutionär (daß sich die Linken hiegen, um ein Bild aus der anderen Fraktion zu nehmen). Crispian und die Seinen beteuerten, als sie zu Noske gingen, daß sie auch nicht einen Deut von ihren Ueberzeugungen (die keinen Deut wert waren) aufgeben. Die Noske und Weiss haben ihre Ueberzeugungen treu gehalten.

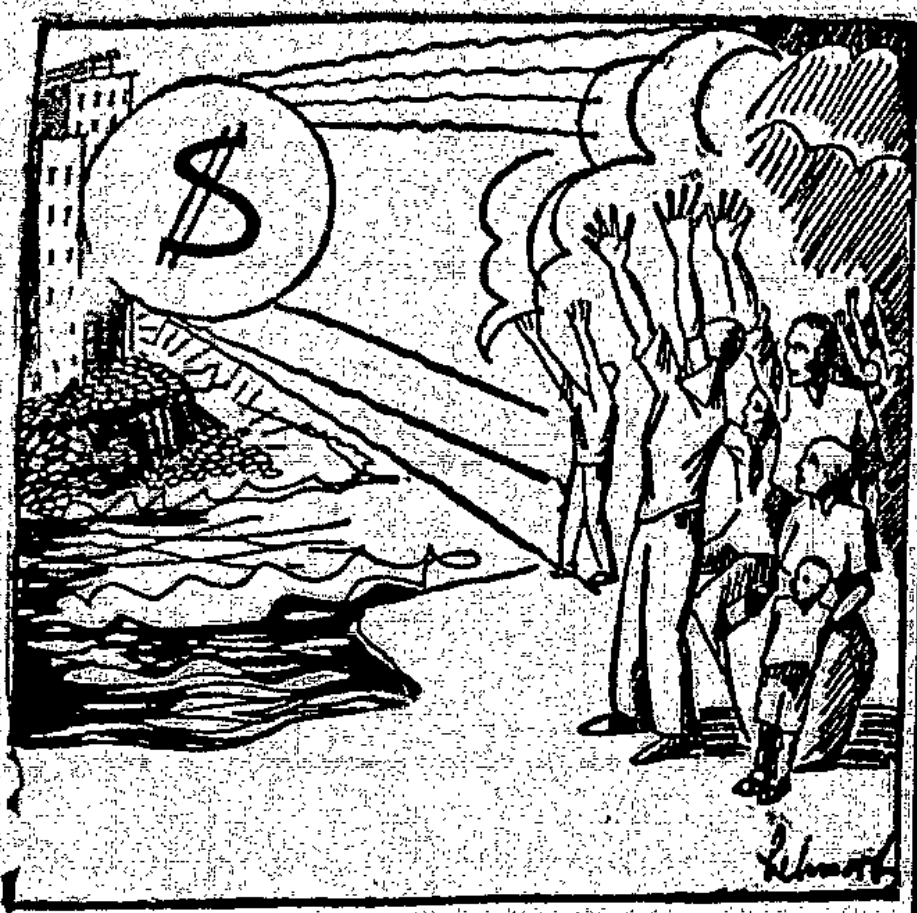
Das sind die „Ganzen“, die über die „Halbierten“ spotteten.

Freilich, ein Tropf ist da: ihre Gesinnung konnten sie nie halbieren, weil sie nie eine gehabt.

Aber es ist überdies unvorsichtig, über halbierte Fraktionen

zu reden, wo gerade in Sachsen sich die zwei Hälften der SPD so geknurren mit gar lieblichen Krachhären bambardieren, und wo eine Hälfte der anderen haarklein beweist, daß sie aus Lumpen besteht.

Arbeiter, denke daran, wenn diese „Ganzen“ die Märchen erzählen wollen über ihre „Sodafunde“, die „Halbierten“. Denn diese „Ganzen“ sind mit jenen auf Leben und Tod verbündet, und wenn sie sich gegenseitig beschimpfen. Genau so, wie die beiden sächsischen Fraktionshäften der SPD.



Nach dem "Vorwärts" vom 24. August 1924.

Die aufgehende Dollarsonne. Das Wahlanifest der Dollar-Sozialdemokraten.

Die Taten der Großen Koalition in Preußen.

Wenn in den Reihen der Sozialdemokraten das für und wider der Großen Koalition erörtert wurde — neuerdings ist dies durch Parteibefehl verboten — dann wurde von den Beschwörern mit rührender Innigkeit auf die hohe Tugend im Preußenkabinett hingewiesen. Und es ist nicht zu leugnen, daß eine ungeheure Harmonie zwischen den preußischen Koalitionministern bestanden hat. Bewunderlich kann das nur den Proleten erscheinen, die sich noch in dem törichtigen Wahn befinden, als ob zwischen dem Monarchisten Voelck, dem Kappisten Dr. von Richter, dem Klassenrichter Am Jahnke und den Sozialdemokraten Braun, Severing und Siering ein Wesensunterschied bestehe. Das aus der Politik der Großen Koalition in Preußen sich ergebende, für die Sache des Proletariats allerdings völlig negative Fazit beweist, wie intensiv die Sozialdemokraten die Geschäfte der Kapitalisten und der Reaktion betrieben haben.

Nur dem Gebiete des Schulwesens brauchte der Volksparteieller Voelck nur die reaktionäre Bahn weiterzugehen, die sein Vorgänger, der Sozialdemokrat Konrad Hainisch, unter ständiger Verbennung vor dem geschätzten und geliebten Rudertum beschritten hatte. Die Volksschule blieb die Zuchtanstalt von Lohnslaven, und die höhere Schule das Privilegium der Besitzenden zur Aufrechterhaltung der Kapital- und Klassenherrschaft. Die Kirche wurde unter Hainisch wie unter Voelck reichlicher als je zuvor aus Staatsmitteln, also aus Steuergrößen subventioniert. Ja, man ging sogar ohne Rücksicht auf die entsetzliche Wohnungsnot außerdem soweit, dem Oberkirchenrat und den Konviktorien die bisher benutzten staatlichen Gebäude mit allen Einrichtungsgegenständen für alle Zukunft zu überlassen.

Die Klassenjustiz fand unter dem Sozialdemokraten Heine wie unter dem Zentrumsmann Am Jahnke im preußischen Koalitionskabinett die wirksamste Förderung und Stütze. Die Möglichkeit, durch Amnezie die empörenden Schandurteile zu korrigieren, wurde von den Koalitionsparteien stets einmütig angelehnt. Sie haben sich nicht einmal dazu aufzuheben versucht, die Grausamkeit des Strafvolkszuges zu mildern. Natürlich darf der Vorwürfschlag von Vieleschied, Sebring, Leinen Rißflang in diese schöne Harmonie bringen. Er muß in der verschiedensten Weise die seine Handlungen darrin, daß die deutsche Bourgeoisie keinen besseren Bundesgenossen zur Wiederherstellung und zur Festigung ihrer Macht und zur Verwirklichung der revolutionären Massen finden konnte als die Sozialdemokraten. Er wie seine Genüßlingsherren haben, Rechte, Richter, Feuert u. a. haben

die Technische Nothilfe aufgebaut und in zahllosen Wirtschaftskämpfen, in Berlin, in Mitteldeutschland, in Schlesien, in Pommern und anderwärts gegen Streikende eingesetzt. Er hat im Interesse des bedrohten Provinz Streikenden (Küchenerbeiter) verhandelt und Streikarbeiter (Eisenbahner) beschlagnahmen lassen. Er hat die spontan entstandenen proletarischen Kontrollkommissionen, die den Wucher und die Massenanhäufung verhindern wollten — was seiner Wucherlust und seiner Freibriefsucherei nie gelang und nicht gelingen konnte — verboten und aufgelöst, obgleich sogar ein bürgerliches Gericht ihre Berechtigung anerkannte. Er hat ein Spitzel- und Spitzelwesen

geschaffen, das den Reich der schwarzen Reaktionäre in Preußens Geschichte erweisen müßte. Und die Sozialdemokraten im Landtag haben ihm prompt im Verein mit den anderen bürgerlichen Parteien die dazu erforderlichen offenen und geheimen Korruptionsfonds bewilligt. Er hat seine Polizei ganz im Einklang mit den zaristischen Kommunistenverordnungen gegen die Partei und ihre Parteimitglieder gehetzt und war so einzig in Preußen. Das er gar nicht merkte, wie sehr er in den Begründungen sich selbst und seine Partei zum Gaubium seiner Koalitionspartner und der Deutschnationalen kompromittierte. Das Verbot des Versammlungsrecht für Kommunisten, das die einzigen Vertreter der Arbeiterbewegung in Preußen Koalitionspolitiker. Es würde jedoch ein beispielloses und charakteristischer Zug an diesen Wucherarbeitern, die Verfolgung zu sehen, wenn nicht auch der andere Teil der Koalition, die noch übermäßig hohen Pensionen für die im preußischen Koalitionskabinett die wichtigsten Beamten, das auch der Sozialdemokrat Heilmann sich wegen registriert.

Die volksbeschädigenden Steuern finden auch in Preußen eifrige Förderung. Und wiederum ist für die Volksschule ausgesprochen hat, sei nur der Volksschule ein einziges auf die Festung der Sozialdemokraten zurückzuführen, daß eine der unsozialsten Steuern. **Die Rücksteuer** Annahme haben konnte. Zum Schluß sei noch die Auslieferung der

„Republik und Reaktion, Verfassung und Monarchisten.“

Antwort auf 12 Fragen für SPD-Arbeiter.

Die Herren Sozialdemokraten, die in den sechs Jahren seit dem Sturz der Kaiserzeit die verzweifeltsten Tricks — Kanonen, Maschinengewehre und „die Sozialisierung marschiert“, „Bri-gade Ehrhardt, Balkumer und Regierung der Volksbeauftragten“, Ausnahmezustand, Sondergerichte und „Demokratie“, Technische Nothilfe, Streikbrecherschutz, Schiedsprüche Mehlschäcker und Wiffelcher Art, Abschaffung der Mobilisierungsbefehlsverordnung und „Achtstundentag“ — angewendet haben, um den Kapitalismus zu retten — „Wiederaufbau“ — und die Revolution des Proletariats zugrundezurichten, stehen in den Wahlkampf mit einem Butzet von völlig sinnlosen, hohlen, demagogischen Phrasen, mit denen sie Arbeiter und Kleinbürger zu verblümen suchen.

Einer dieser Schläger ist ihr Geschrei „gegen die Reaktion“ und „für die Republik“ und ihre Verfassung, die von den „Monarchisten“ bedroht sei.

Erste Frage: Seit wann sind die Sozialdemokraten Republikaner?

Antwort: Genau seit dem Augenblick, wo die deutschen Arbeiter und Soldaten den Kaiser zum Teufel schickten, obwohl die Scheidemann und Ober die Monarchie retten wollten.

Zweite Frage: Was ist eigentlich das Ziel der Sozialdemokratie?

Antwort: Angeblich „der Sozialismus“. In Wirklichkeit aber nur die Wiedererrichtung des Kapitalismus.

Dritte Frage: Ist Deutschland reif für den Sozialismus?

Antwort: Sogar Kautsky hat schon vor 20 Jahren bewiesen, daß nur ein Lump behaupten kann, der Sozialismus könne zu früh in Deutschland kommen.

Vierte Frage: Was ist eine Verfassung?

Antwort: Eine Verfassung ist eine Urkunde, welche beschreibt, wie die herrschende Klasse ihre Macht und Produktionsverhältnisse, ihre sogenannten „Rechte“ zu schützen wünscht.

Fünfte Frage: Welche Klasse herrscht in Deutschland?

Antwort: Die Bourgeoisie.

Sechste Frage: Wie sieht die deutsche Verfassung aus?

Antwort: Es ist die Verfassung eines bürgerlichen Staates; der Hauptinhalt ist, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln gesichert und geschützt wird. Ein „Jeder“, der nämlich, der nichts besitzt, und derjenige, der wie Stinnes „dem Staat“ jederzeit die Gurgel zudrücken kann, ist „gleich“. Alle Regierungsgewalt geht „vom Volke“ aus, weshalb offenbar noch kein einziger Tag vergangen ist seit dem Entfallen der Verfassung, an welchem sich die herrschende Klasse nicht durch Ausnahmezustand geschützt hätte vor dem „Volk“, von dem „alle Regierungsgewalt ausgeht“.

Siebente Frage: Was ist Sozialismus?

Antwort: Diejenige Wirtschaftsform, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigt ist.

Achte Frage: Kann denn dann ein „Sozialist“ für die Verfassung sein, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln zum Hauptinhalt hat?

Antwort: Natürlich nicht; aber die sogenannten „Sozialisten“ sind nirgends Sozialisten, sondern überall nur Säuglinge eben des kapitalistischen Systems mit seinem Grundprinzip, dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, der Lohnarbeit (des Lohnslaven) und seiner halb demokratischen, halb diktatorischen Staatsmaschine (des Unterdrückungsapparats der besitzenden Klasse gegen die Nichtbesitzende).

Neunte Frage: Aber wird nicht diese deutsche Verfassung von der Reaktion, von den Monarchisten bekämpft?

Antwort: Erstens wird sie es gegenwärtig auch nur zum Schein. Das was von der SPD als „die Reaktion“ bezeichnet wird, das sind ja zum großen Teil — die Koalitionsgenossen der SPD. Die Stinnes, Thyssen, Klöpper, Donnerstern, Brajama, Siemens und wie alle die Herren aus Volkspartei, Zentrum und Demokratischer Partei heißen mögen, etwa als „Fortschrittler“ zu bezeichnen,

zu entfernen. Ist es darum ein Wunder, daß weder in der Reform der Städte- und Landgemeindeordnung, noch in der allgemeinen Verwaltungsreform ein Fortschritt gemacht wurde?

Die enge Bindung der Sozialdemokraten an die anderen Interessenträger des Kapitals findet auch ihren Ausdruck in der Bereitwilligkeit des Sozialdemokraten Siering, den die Götter nur in ihrem Jore zum preußischen Handelsminister gemacht haben können, die wertvollsten Vermögensobjekte des Staates,

die Bergwerke, der Parlamentskontrolle durch Umwandlung in Aktiengesellschaften zu entziehen. Gatten die Kumpel der fiskalischen Gruppen schon bislang unter der Lohn- u. Arbeitszeitpolitik des Staates als Unternehmer genug zu leiden, so werden nunmehr die Ausbeutungsmethoden erfolgreich mit anderen kapitalistischen Betrieben in Bruttalität und Rücksichtslosigkeit konkurrieren. Beispielgebend waren sie schon bei der Beilegung des Achtstundentages und bei den Lohnsenkungen.

Unter Berücksichtigung solcher Umstände wird niemand es verwunderlich finden, daß die übrigen bürgerlichen Minister der Großen Koalition keine Veranlassung sehen, weniger arbeitereindlich zu handeln als die Sozialdemokraten. Der Demokrat Bendorf gibt wie sein Vorgänger, der Sozialdemokrat Braun, den Großpächtern der staatlichen Domänen für ein Futterstroh in Pacht umgebracht der Tatsache, daß die sie zu Ackerpreisen an Kleinpächter weiterverpachten. Nichts geschieht, um

die Volksernährung zu sichern. Den Holztrohnhändlern sind 30 Millionen Goldmark zum Geschenk gemacht worden, dagegen wird es den bergwerkseigenen Kleinbauern unter Erhebung drakonischer Strafen verweigert, Holz und Stroh den staatlichen Forsten zu entnehmen. Und die den Junkern bei Abschluß des Londoner Schieferpactes zugesprochenen

Goldgrubengebiete finden im preußischen Koalitionskabinett die eifrigsten Befürworter. Das auch der Sozialdemokrat Heilmann sich wegen registriert.

Die volksbeschädigenden Steuern finden auch in Preußen eifrige Förderung. Und wiederum ist für die Volksschule ausgesprochen hat, sei nur der Volksschule ein einziges auf die Festung der Sozialdemokraten zurückzuführen, daß eine der unsozialsten Steuern.

Die Rücksteuer Annahme haben konnte. Zum Schluß sei noch die Auslieferung der

wäre so schön, daß nicht einmal die SPD, das wagt. Das aber sind die Gebieter dieser Parteien. Die Volksparteiler, deren Republikanertum ebenso jungen Datums ist, wie das der SPD, nicht als Monarchisten zu bezeichnen, wäre ebenfalls schön; sie haben erst im verflochtenen Reichstag als ersten ihrer Anträge den gestellt, die alte monarchistische Flagge wieder einzuführen. Und in der Zeit des absterbenden, verfallenden Kapitalismus Arbeiter zum „Kampf“ (im Parlament!) „gegen die Reaktion“ auffordern, anstatt zum wirklichen Kampf (natürlich nicht im Parlament) gegen den Kapitalismus, das ist ganz bewusster Schwindel.

Zehnte Frage: Aber besteht denn kein Unterschied zwischen den Demokraten und den Deutschnationalen?

Antwort: Natürlich besteht ein solcher Unterschied. Er besteht aber lediglich darin, daß beide Parteien verschiedene Interessengruppen des Kapitals vertreten. Die Deutschnationalen vertreten die Interessen der Krautkumler, wenn auch die Schwerindustrie (Eugenberg) durchaus die Partei beherrscht, die Demokraten vertreten die bearbeitende Industrie und das Bank- und Handelskapital, wenn auch die Schwerindustrie auf sie großen Einfluß hat (Siemens). Wie sehr alle Kapitalistengruppen verstimmt sind, zeigt die einfache Tatsache, daß Siemens wie Eugenberg zu demselben Sinnestonzern gehören.

Elfte Frage: Aber dann bilden doch diese Parteien „eine reaktionäre Masse“?

Antwort: Gewiß tun sie das im Parlament. Denn die Frage der „Reaktion“ ist verschieden, je nach der geschichtlichen Epoche. Als die bürgerliche Revolution in Frankreich den Feudalabsolutismus stürzte, gab es bürgerliche (kleinbürgerliche) Gruppen und Parteien, die revolutionäre waren. Im Zeitalter der bürgerlichen Revolution und bei jungen französischen Republik sind „die Monarchisten“ zu gleich „die Reaktionsäre“. Aber das hat mit der Monarchie als Form einer bürgerlichen Demokratie wenig zu tun; in England herrscht die vielgeliebte bürgerliche Demokratie und der König führt sie sehr wenig.

Im Zeitalter der proletarischen Revolutionen dagegen, und in diesem Zeitalter leben wir, ist natürlich jede bürgerliche Partei reaktionär; denn jede von ihnen will das kapitalistische System retten. Auch die „fortschrittlichen“, „demokratischen“ Parteien scheuen sich nicht, zur Rettung des Kapitalismus höchst „reaktionäre“ Mittel anzuwenden, z. B. den Faschismus. Der „Demokrat“ Schiffer verhandelte beispielsweise mit Kapp über seinen Eintritt ins Kapp-Ministerium und der Sozialdemokrat Binnig ging glatt zu Kapp über; die Sozialdemokraten mit Kapp an der Spitze rüsteten Ehrhardt aus gegen die revolutionären Arbeiter. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in Rußland (lauter Republikaner) verbündeten sich mit Monarchisten, mit dem französischen, englischen und deutschen Imperialismus (also mit kaiserlichen, königlichen und republikanischen Reaktionsären) gegen die proletarische Revolution.

Zwölfte Frage: Aber die Sozialdemokratie verbündet sich doch nicht mit den Deutschnationalen?

Antwort: Das ist gar nicht wahr. Sie hat deutschnationale Offiziere in die höchsten Stellen gebracht, z. B. Seeck. Sie hat mit deutschnationalen Offizieren 1919 die bairische Mäterepublik niedergeschlagen, 1920 die Arbeiter im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland, die sich gegen Kapp erhoben hatten; sie hat 1923 alle Macht den Deutschnationalen freiwillig übergeben (Ermächtigungsgeheim); der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Schmidt, war ein Deutschnationaler; in der Regierung Marx-Stresemann, die die SPD bedingungslos stützt, sitzt der Deutschnationale Kautz.

Es ist reinstes Brimborium, was die SPD, mit ihrem „Kampf gegen die Reaktion“ ausführt, und kein Mensch, der die Sache sich wirklich ansieht, glaubt daran, am wenigsten die, welche die SPD als „die Reaktion“ bezeichnet.

preussischer Wohlfahrtsfonds an die Religionsgemeinschaften registriert, und jeder Wähler wird zu der Heberzeugung kommen: die Große Koalition in Preußen hat an Volkseindlichkeit alles in den Schatten gestellt. Wollt ihr noch immer diesen Arbeiterverrätern nachlaufen?

Einige bescheidene Fragen.

Wird diesmal endlich

Roske

von der SPD in den Reichstag geschickt werden? Er ist doch einer ihrer besten Leute. Und, davon abgesehen, wird er doch demnächst als Oberpräsident fliegen. Da muß man ihm doch einen Posten sichern. Und wie sieht die Sache mit

Seinert?

Wird der arme Kranke Mann bis dahin wieder gesund sein? Es wäre schade um eine Kraft, die mit 25 000 M. jährlich wie eine sehr große Anzahl von Pferdekraften bewertet wird.

Wie sieht es mit

Ruttner?

Der könnte zum Heeresrat glänzende Re... halten. Er verfehlt sich aufs Alegslandwerk, wenn auch nur „in der Kubowohr“, verfehlt sich.

Und wird man

in Berlin

wieder drei Bezirksparteitage brauchen, bis Crispian der jetzt nicht mehr ganz so „links“ sein soll wie das letzte Mal, aufgeführt ist?

Aber in Sachsen, wo die

Sachjenkommission

so erfreuliche Leistungen aufzuweisen hatte, wird dieses Mal abgesehen von den Krüskären Goldis und Sieckmanns glücklicherweise alles reibungslos vor sich gehen.

Wählt SPD, wenn ihr diese Gelder haben wollt!

Breslau

Achtung, Probe § 218.

Zentralballsaal, Westendstraße 50, Mittwoch, 12. November
 1. Bild 7 Uhr
 2. Bild 7 1/2 Uhr
 3. Bild 8 Uhr

Die Wahlverbrechen beginnen.

In den zehn Tagen unseres ungesetzlichen Verbots begannen bereits die einzelnen Parteien in Breslau mit den Wahlverbrechen. Die ersten Wahlverbrechen auf dem Gebiet der Wahlverbrechen sind in einem Maße, wie man sie so stark nur während der Wahlbewegung kennt. Es wird versprochen, gegeben, versäumt, gegeben, um — Stimmen zu ergattern.
 Die von der Sozialistischen Zentrum, Sozialdemokraten begannen bereits die Schritte um die Mandate. Alle befehligen sie ihre Anführer am vergangenen, wischen auf nach so geduldetem Papier nach, das sie und nur die Interessen des Volkes gefährdet haben. Alle bedauern, das die Wähler in eine so schlimme Lage durch die Schuld — der anderen Partei — gekommen sei. Alle loben sie den Stimmzettel als die allein leitende Kirche. Alle gehen sie wie „Nahen um den heißen Brei“ herum, hängen an der Oberfläche. Wagen und wollen auch nicht den schon sechs Jahre fortbauend hundertenden, angebotenen Massen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Sozial- und Kriegsernenen sagen, das sie es selbst sind, die das Elend verschuldet haben.

Gegen die Kommunisten werden die jetzigen Wahlen geführt. Wir sollen vernichtet werden, denn damit glaubt man die Revolution zu ersticken. Demnach, ihr Herren! Es waren schon andere Kräfte am Werk als die nervösen Mänteln der jetzigen Regierung. Auch sie konnten die Revolution nicht ersticken. Warum? Weil man das Ende nicht befehligen konnte, die Ausbeutung des einen durch den anderen aufheben konnte. Darum lebt die revolutionäre Bewegung, die kommunistische Partei, die Partei der Arbeiter, welcher trotz aller Unterdrückung.

Wir Kommunisten brauchen die Zeit des Wahlkampfes zu einer erhöhten Propaganda für unsere Ideen. Wir zeigen den Hungernden, Ausgebeuteten, das es der Kapitalismus mit seinem Trost von kapitalistisch-sozialdemokratischen Parteien ist, der das Unglück bringt und gebracht hat.

Die kommunistische Partei Breslaus beginnt während der Wahlzeit ihren Kampf um die Hirne und Seelen der Arbeiter mit einem proletarischen Theaterstück.

§ 218.

Hunderttausende Frauen und Mädchen werden durch das heutige verfluchte System in die Arme dieses Gesetzesparagrafen getrieben. Von Arbeiterfrauen gespielt, wühlt dieses Gesetz in den Zuschauern all den Jammer und Elend der Unterdrückten auf und zeigt den erblichsen Weg. Darum beschuldigen Massen die nächste Ausführung. Freitag, den 14. November, abends 8 Uhr im Zentralballsaal, Westendstraße 50, 52.

Genossen! Für uns ist die Wahlbewegung eine Zeit der erhöhten Alarmbereitschaft. Deshalb, jeder an seinen Posten! Für die Partei für die Revolution!

Geht die Wählerlisten ein!

Die Wählerlisten für die Wahlen zum Reichs- und Landtage werden in der Zeit von Sonnabend, den 15. bis einschließlich Sonntag, den 22. November, von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr in der Lessingturnhalle, Lessingplatz, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt. Die Einrichtung ist die gleiche wie bei den Wahlen im Frühjahr. Da erfahrungsgemäß Sonntags und Werktagen in den Mittag- und Abendstunden der Andrang immer besonders stark ist, wird allen, die über die erforderliche freie Zeit verfügen, empfohlen, die Liste wochentags in den Vormittagsstunden einzusehen.

Alle näheren Bestimmungen über das Wahlrecht, über die Ausgabe von Stimmzetteln und dergleichen enthält eine Bekanntmachung des Magistrats, die vom 13. bis 22. d. Mis. an den öffentlichen Säulen angehängt wird.

Sämtliche KPD-Eisenbahner: Donnerstag, abends 7 Uhr, im Parteibüro.

Gammelt Note Hilfe!

Verantwortlich für den gesamten Text: Rudolf Belle, Breslau; Inlerale: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, O. m. b. H., Breslau. — Druck: Prudag-Berlin, Filiale Breslau.

Schauspielhaus
 Operettenbühne
 Tel. Ring 2535.
 Täglich 8 Uhr.
Der große Lohentrog
 „Der Hampelmann“
 Sonntag, 3 1/2 Uhr.
 „Die Fledermaus.“

Umtl. Bekanntmachungen von Dittersbach.

Die von der Gemeindevertretung in der Sitzung vom 9. Oktober 1924 beschlossene Einkommensteuerordnung liegt in der Steuerabteilung — Zimmer 6 des Rathhauses — öffentlich zur Einsicht aus.
 Die Ordnung tritt mit dem Tage der Beschließung durch die Gemeindevertretung in Kraft.
 Dittersbach, den 31. Oktober 1924.
 Der Gemeindevorstand.
 Kockler.

Str. Bekämpfung der Blutlaus.
 Die Interessenten mache ich auf die im Waldenburger Kreisblatt 1924 auf Seite 262 veröffentlichte Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten betr. Bekämpfung der Blutlaus hierdurch noch besonders aufmerksam.
 Die Polizeiverordnung kann im Zimmer Nr. 10 der hiesigen Amts- und Gemeindeverwaltung eingesehen werden.
 Dittersbach, den 4. November 1924.
 Der Amtsvorsteher-Stellvertreter.
 E. Bergmann.

Umtl. Bekanntmachungen von Gottesberg.

Kartoffelkrebs.
 Auf Grund des § 5 der Polizei-Verordnung des M. L. N. vom 27. 8. 1924, welche im Rathhaus zur Kenntnis ausgehängt ist, hat der Herr Landrat in Waldenburg, weil der Kartoffelkrebs sich im Kreise in kurzer Zeit sehr verbreitet hat, den Kreis als anstehungsverdächtigen Bezirk erklärt. In diesem Bezirk darf nur anerkannt krebsfestes Saatgut angebaut werden. Der diesen Anordnungen nicht Folge leistet, wird nach der vorangehenden Polizei-Verordnung bestraft werden.
 Um die Durchführung dieser Anordnung zu erleichtern, wird die Polizeiverwaltung die Bestellung des krebsfesten Saatgutes in die Hand nehmen. Die Kartoffelbauer werden aufgefordert, bis zum 15. d. Mis. ihren Bedarf an krebsfestem Saatgut bei uns anzumelden.
 Gottesberg, den 6. November 1924.
 Die Polizeiverwaltung.
 Dr. Gleitsmann.

Breslau beteiligten Handwerkerinnungen liegt in der Zeit vom 16. bis einschließlich 25. November 1924 im Magistratsbüro — Zimmer 9 — des Rathhauses zur Einsicht offen aus. Etwaige Einsprüche gegen die Richtigkeit des Verzeichnisses sind binnen 14 Tagen vom ersten Tage der Auslegung an gerechnet, bei uns anzubringen.
 Der Magistrat.
 Dr. Gleitsmann.
 Die Polizeiverwaltung.
 Dr. Gleitsmann.

Singspielhalle
Oberbayern
 Gartenstraße 65.
 Täglich 8 Uhr.
 Die altbekannten
Belzer Sängers
 (Leipziger Sängers)

Umtl. Bekanntmachung von Geitendorf.

Die aufgestellte Stimmliste zu den Reichswahlen für den Reichstag und den preussischen Landtag liegt in der Zeit vom 15. November bis einschl. 22. November d. Js. im hiesigen Gemeindebüro während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus.
 Innerhalb dieser Auslegungsfrist kann jeder Wahlberechtigte gegen die Richtigkeit der Stimmliste bei dem unterzeichneten Gemeindevorsteher Einspruch erheben.
 Geitendorf, den 7. November 1924.
 Der Gemeindevorsteher.
 Hartwig.

Umtl. Bekanntmachung von Nieder-Hermisdorf.

Auf Grund der bestehenden Polizei-Verordnung vom 1. 11. 1922 über das Meldewesen ist jede in der hiesigen Gemeinde zu- ab- und umgehende Person verpflichtet, sich innerhalb 6 Tagen an- ab- oder anzumelden. Diese Meldepflicht ist jedoch in letzter Zeit vielfach veräußert worden.
 Zur Vermeidung von Bestrafung liegt es im Interesse jedes Einzelnen, die unterlassenen Meldungen so ordnungsgemäß zu erledigen. Dies ist schon deshalb dringend erforderlich, um bei der Aufstellung der Wahlkartei für die bevorstehenden Wahlen Unregelmäßigkeiten zu vermeiden.
 Nieder-Hermisdorf, 22. Okt. 1924.
 Der Amtsvorsteher.
 Hitz

Umtl. Bekanntmachungen von Weißstein.

Blutlaus.
 Auf die im Kreisblatt vom 25. 10. 1924, Nr. 45 Seite 262 erlassene Polizeiverordnung betr. die Bekämpfung der Blutlaus an Aepfelbäumen weise ich hiermit hin.
 Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Goldmark oder mit Haft bestraft.
 Weißstein, den 31. Oktober 1924.
 Der Amtsvorsteher.
 A. Hertwig.

rats erlassene Anordnung betr. den Anbauzwang von nur krebsfestem Saatgut und wonach jeder Kartoffelbauer im kommenden Frühjahr den Nachweis über die Herkunft des Saatgutes zu erbringen und das er tatsächlich auch nur diese Sorte unvermischt angebaut hat, weise ich hiermit hin.
 Ganz besonders mache ich auch noch auf den § 8 der Polizeiverordnung vom 27. 8. 1924 aufmerksam, wonach Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe von 3 bis 10000 M. geahndet werden.
 Weißstein, den 31. Oktober 1924.
 Der Amtsvorsteher.
 A. Hertwig.

Leidenschaftige
Frach-
 und Hoch-Anzüge
 H. Mohaupt
 Rathh. 1. 1. Tel. 9.
 1901, 54, 2. Bräckerstr.

Achtung!
Genossen
 wenn Ihr Eure Lebensmittel, Zigarren, Zigaretten, Tabake preiswert kaufen wollt, so geht an die richtige Quelle und diese ist
nur bei
Alfred Schüze,
 Friedrich-Karlstraße 51.

Die hiesige Gemeindevertretung hat am 7. Oktober d. Js. mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 eine neue Luftverkehrssteuerordnung beschlossen, welche von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist und vom 12. bis 25. November d. Js. im hiesigen Amtsgebäude, Steuerbüro, zur Einsichtnahme öffentlich ausliegt.
 Nieder-Hermisdorf, 7. Novbr. 1924.
 Der Gemeindevorstand.

Kommunistische Stadtverordnete u. Gemeindevorsteher
 Ihr müßt unbedingt abonnieren:
„Die Kommune“
 Die Zeitschrift erscheint laufend monatlich
 Preis pro Exemplar 0,20 M.
Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Breslau
 Erebnitzer Straße Nr. 50 Abteilung: Buchhandlung

Jeder Klassenbewusste Arbeiter abonniere sofort die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“

Woher
 der grosse Erfolg?
 Durch **spottbillige** Preise und **erstklassige** Waren.
 Nur einige Beispiele:
 Schicke Seiden-Trikot-Kleider 10⁵⁰
 Reinwollene Cheviot-Kleider 6⁵⁰
 Seiden-Trikot-Jumper 4⁹⁰
 Reinwollene Gabardine-Kleider 13⁵⁰
 Prachtvolle Sport-Westen 9⁵⁰
 Mollige Flausch-Mäntel 12⁵⁰
 Prachtvolle Sport-Kostüme 16⁵⁰
 Reinwollene Satintuch-Kleider elegant verarbeitet 19⁵⁰
 Reizende blaue Falten-Röcke 3⁹⁰
Spottbillige Preise!
 Fragen Sie Ihre Bekannten!
 Breslaus bekanntes Etagegeschäft eleganter Damen- u. Backfisch Konfektions-Neuheiten
Aschner
 55 Albrechtsstr. 55
 I. u. 2. Etage

B · R · E · S · L · A · U

Kaufm. Nachf.
 Breslau
 Weißbierstraße 18
 Telefon Ring 2166
Haus- und Küchengeräte
Eisen- und Stahlwaren
Texfilhaus Liebe
 Kapferschmelzstraße 15
 Blusen, Kleider, Röcke, Unterröcke, Kinderkleider
 Nur eigene Fabrikate

Kaufhaus am Dom
 Empfehle alle Artikel für Haus und Küche
 Luxus- und Spielwaren zu ermäßigten Preisen.
Herrn-Sachs-Kaufh.
 Adolbert-Str. 20

Enorm billig
 kauft man in der
Schuh-Giele
 Breite Straße 3
 Ede Wege Ohle
Schuhgeschäft Herm. Ratai
 Mathiasstraße 96
 Preiswerte Arbeitsschuhe (Handarbeit), sämtliche Reparaturen preiswert und sauber. Große Auswahl in Pantoffeln, Haus- und Filzschuhen, Gummisätsen und Gummisohlen
Hamburger erste Arbeits- und Berufsbekleidung
 für Werft-, Hafen- und Bauarbeiter
Spezialität: Blaue Marine-Tuchhosen
 Robplatz Nr. 28